

ZUR REISE VON MARSCHALL FOCH NACH WARSCHAU UND PRAG IM FRÜHJAHR 1923

Von Manfred Alexander

Als am 11. Januar 1923 französische und belgische Expertengruppen unter militärischem Schutz ins Ruhrgebiet einrückten, um Deutschland für mangelnde Reparationsleistungen zu strafen und zugleich einen Trumpf für die französische Sicherheitspolitik zu erwerben, wurden in Deutschland Befürchtungen wach, daß sich Frankreich mit der Besetzung des Ruhrgebietes nicht begnügen und in gemeinsamer Aktion mit seinen Verbündeten Polen und der Tschechoslowakei das Reich zerstückeln wolle¹. Befürchtungen dieser Art forderten das Auswärtige Amt in Berlin zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber allen politischen und militärischen Handlungen Frankreichs und seiner Alliierten auf, so wenig bedeutsam manche dieser Handlungen auch auf den ersten Blick erscheinen mochten. In diesen Rahmen fällt auch die Ankündigung der Reise des Marschalls Foch, eines damals 72jährigen und aus dem aktiven Militärdienst bereits ausgeschiedenen französischen Generals, dem jedoch als persönlichem Freund Poincarés und Vorsitzenden der interalliierten Militärkommission für das Rheinland keineswegs nur die Bedeutung einer Randfigur der französischen Politik zuzumessen war.

Die Vorbereitungen in Prag und insbesondere in Warschau auf den Besuch Fochs fielen in eine Zeit, in der sich bei den deutschen Ämtern für innere Sicherheit, der Reichswehr und den diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Reichs Meldungen über gewisse militärische Vorbereitungen in Polen und der Tschechoslowakei häuften². Nach außen wurden die Militäraktionen zwar für die Tschechoslowakei mit der ungarischen Gefahr³, für Polen mit der Notwendig-

¹ Allgemein zur französischen Ruhraktion: Favez, Jean-Claude: *Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923*. (Diss.) Genf 1969. — Schmidt, Royal J.: *Versailles and the Ruhr: Seedbed of World War II*. Den Haag 1968. — Ausführlich zum Problem einer Beteiligung der Tschechoslowakei an der französischen Sanktionspolitik vgl. vom Verf.: *Die Tschechoslowakei und die Probleme der Ruhrbesetzung 1923*. *BohJb* 12 (1971) 297—336. Die vorliegenden Ausführungen knüpfen dort an und versuchen durch die Einbeziehung Polens eine Erweiterung der Problemstellung.

² Eine Aufführung der Aktenbelege ist wegen der Menge derartiger Berichte unmöglich. Oft besitzen sie nur einen geringen Aufklärungswert, da sie von untersten Instanzen in Grenznähe stammen und mehr über die psychische Verfassung der Grenzbevölkerung als über tatsächliche Vorkommnisse besagen; vgl. z. B. das Gerücht von einem deutschen Gasangriff: PA (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn), Frank an AA (Or.), Kattowitz 12. I. 23, IV a Po 649 (L 158 273 ff.), IV Pol 2, 11 Polen.

³ PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. I. 23, Ts 217 (L 118 970 ff.), Po 1, 2 Ts.

keit einer vorsichtigen Haltung gegenüber der Sowjetunion begründet⁴. Solche Erklärungen vermochten aber nicht die Bevölkerung der grenznahen Gebiete, insbesondere in Oberschlesien, zu beruhigen und ihr die ständige Furcht vor einem bevorstehenden polnischen oder polnisch-tschechoslowakischen militärischen Eingreifen zu nehmen. Als auch noch zur gleichen Zeit die lange vorbereiteten Gesetze über die Gewährung von Krediten für den Ausbau der tschechoslowakischen, jugoslawischen⁵ und polnischen Armee durch das französische Parlament gepeitscht wurden⁶, zeigten sich die deutschen diplomatischen Beobachter zunehmend besorgt, daß sich hinter den offiziellen beruhigenden Äußerungen die Gefahr einer größeren Verwicklung andeute. So konnte der Außenminister Rosenberg in einer Art Zwischenbilanz dem preußischen Innenminister Severing bestätigen, daß es in der Tat — nach Auffassung des Auswärtigen Amtes — in Polen Bestrebungen gegeben habe, durch Korfanty die polnischen Insurgenten von 1920 zu reaktivieren und einen neuen Versuch der Abspaltung ganz Oberschlesiens vom Reich zu unternehmen⁷. Auf solche Pläne habe aber die „Bereitstellung deutscher Abwehrmittel“ bereits dämpfend gewirkt⁸. Die deutschen Gegenmaßnahmen sähen vor, daß Formationen des Selbstschutzes der Leitung von Organen der Reichswehr und der preußischen örtlichen Verwaltung unterstellt würden. Ergebnislos verliefen dagegen die Ermittlungen des deutschen Gesandten in Warschau, Rauscher, der einen Angehörigen der Gesandtschaft nach Danzig schickte, um zu überprüfen, ob tatsächlich Geschütze für die polnische Armee geliefert worden seien⁹. Dies hätte ebenso wie die Meldung, daß die Einberufung von Reservisten durchaus langfristig geplant worden sei und den Gepflogenheiten der polnischen Armee entspräche¹⁰, die vorhandenen Befürchtungen ausräumen können; da diese Aktionen jedoch zeitlich mit französischen Einberufungen bzw. der Verpflichtung zum Längerdiensten zusammenfielen¹¹ und überdies vor dem

⁴ PA, Rauscher an AA (Or., Xerokopie), Warschau 24. I. 23 (K 024 375 f.), Geheimakten Polen Po 2, 2 P-Dtl.

⁵ Vgl. PA, Keller an AA (Ab.), Belgrad 31. I. 23, Js 168 (K 118 252 ff.), Po 4, 4 Kl. E. — Keller an AA (Dd.), Belgrad 6. II. 23, Js 212, Po 4, 4 Kl. E.

⁶ PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 17. II. 23, Fr 637, Po 3, 1 Fr-P. Die Auszahlung zögerte sich jedoch noch bis 1924 hinaus und war schließlich an große wirtschaftliche Zugeständnisse Polens gebunden.

⁷ PA, Severing an Rosenberg (Or., Xerokopie), Berlin 16. IV. 23 (K 024 801 f.), Geheimakten Polen Po 2, 4 I P-Dtl. — Koch an AA (Or.), Prag 15. VI. 23, Ts 2209 (L 134 120 ff.), Po 6 A, 1 Ts. — Rosenberg an Severing (Entwurf m. pr., Xerokopie), undatiert, nach dem 3. V. 23, (K 024 803), Geheimakten Polen Po 2, 4 I P-Dtl.

⁸ S. den Entwurf Rosenberg in Anm. 7. Diese These konnte durch die im März/April 1923 erfolgte Reise von General Le Rond, Vorsitzender der interalliierten Militärkommission für Oberschlesien, nach Oberschlesien gestützt werden: PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. IV. 23, Ts 1460 (L 137 533), Po 13, 3 Ts. — Rauscher an AA (Or. Xerokopie, streng geheim), Warschau 18. IV. 23, IV a Po 5915 (K 030 268 f.), Geheimakten Polen Pol 3, 1 P-Fr.

⁹ PA, Rauscher an AA (Or. Xerokopie, streng geheim), Warschau 22. III. 23, IV a Po 4726 (K 024 671 f.), Geheimakten Polen Pol 2, 3 P-Dtl.

¹⁰ PA, Rauscher an AA (Or.), Warschau 6. III. 23, IV a Po 3974 (L 213 560 f.), IV 13, 5 Polen.

¹¹ PA, Wallroth nach Warschau (Tel.-Konz.), Berlin 23. III. 23, IV a Po 4640, IV Po

Hintergrund einer ständig wachsenden Spannung an der Ruhr gesehen werden mußten, blieb ein guter Rest von Ungewißheit ob der zukünftigen Haltung Polens Deutschland gegenüber besonders bei der betroffenen Grenzbevölkerung weiterbestehen.

Zwecks Ermittlung der Haltung der Regierungen in Prag und Warschau zur Ruhraktion Frankreichs richtete das Auswärtige Amt Anfragen an die dortigen deutschen Gesandtschaften, deren Antworten übereinstimmend die Möglichkeit einer akuten Gefahr für Deutschland ausschlossen. Aus Warschau berichtete Rauscher, daß der polnischen Regierung der Gedanke, in die französische Aktion verwickelt zu werden, zwar unangenehm sei, er allerdings nicht ausschließen könne, daß Polen von Frankreich zu einer Beteiligung gedrängt würde¹²; dies müsse besonders für jenen Fall gelten, „wenn Frankreich [an der Ruhr] auf allzu große Schwierigkeiten stoßen sollte“ und Polen unter Berufung auf den französisch-polnischen Bündnisvertrag von 1921 zum Eingreifen gegen Deutschland zwingen könne. Einen eigenständigen polnischen Vorstoß gegen Deutschland schließt Rauscher aus: „Bestimmt denkt [die polnische Regierung] nicht daran, angebliche Chancen der Situation auszunutzen, sei es in Oberschlesien, sei es in Ostpreußen.“ Zugleich warnt Rauscher aber dringend vor jeglicher Verlautbarung zu diesem Thema in der deutschen Presse: „Es hieße dies den Teufel an die Wand malen und den Polen zu zeigen, daß man immerhin mit der Möglichkeit oder gar der Durchführbarkeit einer solchen Aktion rechnet.“

Die Haltung Polens zur Ruhraktion Frankreichs wurde durch den Handstreich seines nördlichen Nachbarn Litauen beeinflusst. Am 10. Januar 1923 besetzten litauische Freischärler das unter alliierter Kontrolle stehende Gebiet von Memel¹³ und erreichten damit, was Polen für Danzig erträumte — die Einbeziehung eines erstrebten Ostseehafens in den eigenen Staat. Da sich Polen mit Litauen (infolge der Eroberung Wilnas durch General Żeligowski am 9. Oktober 1920¹⁴) noch im Kriegszustand befand, bot der litauische Vorstoß Polen die Möglichkeit zu einer Intervention¹⁵. Diese zusätzliche Verwirrung in der außenpolitischen Lage seines

13, 5 P. — Hoesch an AA (Or.), Paris 24. III. 23 Fr. 1079, Po 13, 7 Fr. — v. Benn-dorf an AA (Or.), Warschau 8. V. 23, IV a Po 6980 (L 213 569 f.), IV Po 13, 5 P.

¹² PA, Rauscher an AA (Or. Xerokopie, streng vertraulich), Warschau 10. I. 23, IV a Po 579 (K 024 177 f.), Geheimakten Polen 2, 2 P-Dtl.

¹³ Hellmann, Manfred: Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. Darmstadt 1966, S. 157. — Skrzypek, Andrzej: Kłajpeda jako zagadnienie międzynarodowe (1918—1939) [Memel als internationales Problem (1918—1939)]. Dzieje Najnowsze 3 (1971) 55—77, hier 57 f. — Kumaniecki, Jerzy: Po traktacie ryskim. Stosunki polsko-radzieckie 1921—1923 [Nach dem Frieden von Riga. Polnisch-sowjetische Beziehungen 1921—1923]. Warschau 1971, S. 222. Deutschland hatte im Versailler Vertrag Art. 99 das überwiegend deutschbesiedelte Memelgebiet abtreten müssen, dessen vorläufige Verwaltung ein französischer General und ein französischer Oberkommissar im Namen der Alliierten übernahmen (16. II. 1920). Bei der Besetzung durch litauische Freischärler unter Oberst Budrys (eigentlich Polowiński) verließen die französischen Verbände ohne Widerstand das Gebiet.

¹⁴ Wandycz, Piotr S.: France and Her Eastern Allies 1919—1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno. Minneapolis (Minn.) 1962, S. 182.

¹⁵ Kumaniecki 211.

Verbündeten mußte Frankreich jedoch sehr unangenehm sein. Da das Reich Litauen in der Memel-Frage gewähren ließ und Rußland seine Antipathie gegen Polen deutlich zeigte, konnten aus einer polnischen Parallelaktion zur französischen Sanktionspolitik im Osten unabsehbare Verwicklungen entstehen¹⁶. Auch der einzige Verbündete Polens in Osteuropa, sein südöstlicher Nachbar Rumänien, stand in diesen Tagen an der Grenze eines bewaffneten Konfliktes mit Ungarn, der aus einigen Grenzzwischenfällen zu entstehen drohte. Rumänien war nicht daran interessiert, „in irgendwelche kriegserische Verwicklungen Polens hineingezogen zu werden“¹⁷, da es unter den gegebenen Bedingungen — Frankreich an der Ruhr engagiert, Grenzkonflikt mit Ungarn, Polen in Litauen beschäftigt — mit einem Angriff der Sowjetunion auf Bessarabien, dessen Verlust Moskau noch nicht verschmerzt hatte, rechnen mußte¹⁸.

Deutlicher noch als der Gesandte in Warschau gab Koch aus Prag dem Auswärtigen Amt zu verstehen, daß sich die tschechoslowakische Regierung an der französischen Aktion nicht beteiligen werde, diese sogar in nichtöffentlichen Erklärungen mißbillige und dem Deutschen Reich — bis auf den Fall eines Ausbruchs offener Feindseligkeiten — Neutralität zusichere. In allen Berichten, die in dieser Frage an das Auswärtige Amt gerichtet wurden, klang jedoch übereinstimmend und unmißverständlich durch, daß man die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland weiterhin mißtrauisch beobachte¹⁹ und von Deutschland die strikte Einhaltung der Bestimmungen der Friedensverträge erwarte. Wenn diese Zusicherung auch die akute Drohung eines polnischen und/oder tschechoslowakischen Eingreifens in den Ruhrkonflikt unwahrscheinlich machten, konnte das Auswärtige Amt aus einer Fülle von Anzeichen schließen, daß sich diese Situation durch eine entsprechende Initiative aus Paris bei Gelegenheit ändern konnte und daß für einen solchen Fall Vorbereitungen getroffen wurden. Unter diesem Blickwinkel betrachtete man auch die bevorstehende Reise Fochs in die Hauptstädte der beiden Alliierten Frankreichs. Inwiefern eine französische Initiative den Gang

¹⁶ Frankreich drängte auf eine baldige Regelung. Schon am 16. II. 1923 erkannte die Botschafterkonferenz — nach einem formellen Protest — die neue Lage an und arbeitete das Memel-Statut aus, das am 8. V. 1924 in Kraft trat und dem neuen litauischen Landesteil eine gewisse Autonomie versprach.

¹⁷ PA, Aufz. v. Maltzan (Or. Xerokopie), Berlin 18. I. 23 (K 024 276), Geheimakten Polen Pol 2, 2 P-Dtl.

¹⁸ Vgl. u. a. PA, Wied an AA (Tel.), Budapest 18. I. 23, U 96, Po 4, 4 Kl. E. — Braun v. Stumm an AA (Or.), Budapest 1. II. 23, Po 1 U. — Welczek an AA (Or.), Budapest 24. IV. 23, U 600 (L 123 097 ff.), Po 3, 1 Ts-U. Zu den Grenzzwischenfällen in Bessarabien vgl. die russische Protestnote an Rumänien vom 16. V. 23: Dokumenty vnešnej politiki SSSR [Dokumente der Außenpolitik der UdSSR]. Bd. 6. Moskau 1962, Dok. 181, S. 319 f.

¹⁹ „Lord d'Abernon, der mich heute telefonisch anrief, bestätigte mir, daß der englische Gesandte in Warschau die Zusicherung der Polnischen Regierung erhalten habe, daß sie sich durchaus ruhig verhalten würde.“ Aufz. Maltzan, s. Anm. 17. Ähnlich PA, Stein an AA (Tel.), Warschau 20. I. 23, IV a Pol 2, 11 P. — Rauscher an AA (Or. Xerokopie), Warschau 24. I. 23, IV a Po 1499 (K 024 375 ff.), Geheimakten Polen Po 2, 2 P-Dtl. Zur tschechoslowakischen Haltung vgl. vom Verf.: Die Tschechoslowakei 324.

der Dinge tatsächlich spürbar beeinflussen konnte, ist u. a. aus dem Inhalt und der Tragweite der zwischen Frankreich und seinen Verbündeten bestehenden politischen und militärischen Bindungen zu ersehen.

*

Für das polnisch-französische Verhältnis bildeten die Verträge von 1921 die Basis für eine politische und militärische Zusammenarbeit beider Staaten²⁰. Im Abkommen vom 18. Februar 1921 waren die beiden vertragschließenden Parteien darin übereingekommen, ihre Politik zum Schutz des Friedens im Rahmen des Versailler Friedensvertrags und des Völkerbundes aufeinander abzustimmen, sich gegenseitig über gemeinsam interessierende Fragen zu konsultieren, wirtschaftlich eng zusammenzuarbeiten und im Falle eines unprovzierten Angriffs durch einen Dritten ihre Verteidigungsanstrengungen zu koordinieren²¹. Diesen Rahmen sprengten die Bestimmungen des geheimen polnisch-französischen Militärabkommens vom 21. Februar 1921, in dem die im politischen Vertrag festgelegten Grundlinien durch Einzelabsprachen der Militärs konkretisiert wurden²². So ging bereits der erste Artikel, in dem Polen und Frankreich schon für den Fall einer bedrohlichen Entwicklung in Deutschland selbst oder zum Zweck der Ausführung der Friedensvertragsbestimmungen einander wirksame und rasche Unterstützung für gemeinsames Handeln zusicherten, über eine reine Verteidigungskonzeption hinaus²³. Sollte Polen von Rußland bedroht werden, so versprach Frankreich seinem Verbündeten Hilfe gegen ein Eingreifen Deutschlands (Art. II) sowie Hilfslieferungen zur Stärkung der polnischen Armee (Art. III). Weitere Artikel betrafen die Vereinheitlichung des Kriegsmaterials auf der Basis der französischen Produktion (Art. IV), deren Lieferungen Polen durch den Aufbau einer eigenen Industrie ersetzen sollte (Art. V). Die Generalstäbe beider Länder vereinbarten regelmäßige Konsultationen (Art. VI) und enge Zusammenarbeit der jeweiligen militärischen Vertretungen im Gastland mit den lokalen Militärbehörden (Art. VII)²⁴.

²⁰ Ausführlich zu diesem Thema jetzt K u k u ł k a, Józef: *Francja a Polska po traktacie wersalskim 1919—1921* [Frankreich und Polen nach dem Versailler Vertrag (1919—1921)]. Warschau 1970.

²¹ W a n d y c z : France 217; Text: Appendix II, S. 395. — L a r o c h e, Jules: *La Pologne de Pilsudski. Souvenirs d'une Ambassade. 1926—1935*. Paris 1953, S. 15 f.

²² Text bei W a n d y c z : France, Appendix III, S. 394 (dort auch Angaben zur Rekonstruktion des Textes); ausführlich zur französisch-polnischen militärischen Zusammenarbeit C i a ł o w i c z, Jan: *Polsko-francuski sojusz wojskowy 1921—1939* [Das polnisch-französische Militärbündnis 1921—1939]. Warschau 1970; der polnische Text des Abkommens dort S. 67 ff.

²³ Der erste Artikel lautet (nach W a n d y c z : France 394): „Les deux Gouvernements dans le cas où la situation en Allemagne deviendrait menaçante au point d'impliquer un danger de guerre contre l'un des pays et notamment en cas de mobilisation allemande, comme aussi dans le cas où l'exécution du Traité de Versailles viendrait à nécessiter une action commune de leur part, s'engagent à renforcer leurs préparatifs de façon à être en mesure de se prêter un concours efficace et rapide et à agir en commun. En cas d'agression allemande contre l'un des deux pays, les deux pays sont également tenus de se prêter de concours, suivant un commun accord . . .“ W a n -

Polen, auf dessen Wunsch die Vereinbarungen 1921 getroffen wurden, brachten die Verträge einen beachtlichen Gewinn an Sicherheit und wurden entsprechend gewürdigt. In Frankreich dagegen blieben sie — wegen ihrer Rückwirkung auf das französisch-russische Verhältnis — nicht unbestritten²⁵. Marschall Foch, der Polen gegenüber nicht ohne Wohlwollen war, hatte gegen diese Bindung Frankreichs an Polen, das „weder Grenzen, noch eine Regierung, noch eine Armee habe“, vergebens besorgte Warnungen ausgesprochen²⁶ und versucht, den polnischen Entwurf für Frankreich zu „entschärfen“²⁷. Die französische Regierung mochte die enge Bindung an Polen als Beginn eines umfassenden Allianzsystems in Ostmitteleuropa sehen und hoffen, daß Polen von sich aus die Bestimmungen nicht extensiv zugunsten eigener politischer Bestrebungen auslegen werde; als sich nun 1923 der erste Fall ergab, daß Polen den Verträgen zufolge Frankreich hätte helfen sollen, wich die Regierung Poincaré vor einer Einbeziehung Polens in die Sanktionspolitik zurück. Polen seinerseits verstand die Verträge als Schutz der eigenen Sicherheit im Osten und war wenig geneigt, diese Sicherheit durch eine militärische Unterstützung Frankreichs im Westen aufs Spiel zu setzen²⁸. Die mangelnde Ausgewogenheit der vertraglichen Verpflichtungen und die unterschiedlichen Interessen der Vertragspartner waren der Grund, warum Frankreich später davon abrücken wollte und in Locarno die Einschränkung seiner Bindungen an Polen hinnahm²⁹.

Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Frankreich entwickelte sich nach Abschluß der Verträge keineswegs so eng und reibungslos, wie es die Sprache der Verträge und die öffentlichen Freundschaftsbekundungen vermuten lassen³⁰. Zwar unterstützte die französische Regierung den polnischen Standpunkt in der Oberschlesienfrage, konnte aber, weil gegen den Einspruch Großbritanniens machtlos, nur einen Polen wenig befriedigenden Erfolg erreichen³¹. Frankreich verweigerte ferner die Anerkennung der polnischen Ostgrenzen, wie sie im Frieden von Riga

d y c z : France 217 weist nur auf den Fall einer deutschen Aggression hin, der Text läßt aber eine weitergehende Auslegung zu; wie Wandycz auch Ciałowicz 69 ff., Kukułka 378 ff.

²⁴ Das Inkrafttreten beider Verträge war an den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens gebunden, das erst am 6. II. 1922 erreicht wurde; Wandycz : France 219. — Ciałowicz 72 ff. — Zum Einfluß von Rapallo auf die rasche Ratifizierung vgl. Ciałowicz 82 f. — Kukułka 380 bemängelt die Ungleichgewichtigkeit in den Wirtschaftsabsprachen.

²⁵ Wandycz : France 222. — Kukułka 381.

²⁶ Wandycz : France 214.

²⁷ Ebenda 218.

²⁸ Zum Interessenkonflikt vgl. Ciałowicz 71.

²⁹ Vgl. vom Verf.: Der deutsch-tschechoslowakische Schiedsvertrag von 1925 im Rahmen der Locarno-Verträge. München-Wien 1970, S. 117 und 162 f. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 24).

³⁰ Besonders in den Wirtschaftsbeziehungen erwiesen sich die Franzosen als keineswegs freundschaftliche Partner, vgl. Kukułka 455 ff. — Roos, Hans: Die militärpolitische Lage und Planung Polens gegenüber Deutschland vor 1939. Wehrwissenschaftliche Rundschau 7 (1957) 181—202, hier 184 f. — Zum Affront Piłsudskis bei seinem Besuch in Paris Ciałowicz 39.

³¹ Wandycz : France 232 ff.

festgelegt worden waren, weil es darin eine polnische Expansion zu Lasten Rußlands sah und sich einem — wie man hoffte — bald wieder bürgerlich gewordenen Rußland gegenüber in der Grenzfrage nicht im vorhinein binden wollte³². Auf der Konferenz von Genua 1922 war Frankreich nicht bereit, seinen Wunsch nach einer Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland durch die gleichberechtigte Teilnahme Polens an den Verhandlungen oder durch eine Anerkennung von dessen Ostgrenzen zu belasten³³. Polen widersetzte sich hingegen allen französischen Versuchen, sein Verhältnis zur Tschechoslowakei durch substantielle Konzessionen zu verbessern, wenn es auch vorübergehend zu einem Versuch der Verständigung bereit war. Parallel zu den Differenzen in Fragen der großen Politik bestanden auch auf der militärischen und diplomatischen Ebene Spannungen³⁴, die jedoch das offizielle Bild der freundschaftlichen Beziehungen nicht trüben konnten.

Das polnische Stillhalten in der Memelfrage und das gleichzeitige Interesse Frankreichs an einer für den Fall von Unruhen in Deutschland entgegenkommenen Haltung Polens in der Ruhrfrage schufen für die polnische Regierung im Januar 1923 eine günstige Situation, endlich die französische und alliierte Anerkennung des Friedens von Riga und der darin festgelegten polnisch-russischen und polnisch-litauischen Grenzen zu erreichen³⁵. Stand Polen nämlich allein oder nur im Bund mit dem schwachen Rumänien Rußland gegenüber und verweigerte sogar der Verbündete Frankreich die Anerkennung der polnischen Grenze, dann war von Polen keine Bereitschaft zu erwarten, die französische Politik in Deutschland zu unterstützen. Jeder Eingriff Polens in die deutsche Problematik hätte nach dem Rapallo-Vertrag und den deutlichen Warnungen aus Moskau³⁶ die Gefahr eines Bruchs des international noch nicht sanktionierten Friedens von Riga und eine Bedrohung des territorialen Bestands von Polen durch Moskau mit sich gebracht.

Anfang Februar 1923 richtete der polnische Ministerpräsident General Sikorski eine Note an die französische Regierung, in der die Anerkennung der polnischen

³² Über die französische Haltung zum Frieden von Riga vgl. Kukulka 535 ff., besonders 537.

³³ Wandycz: France 257 f.

³⁴ Ciałowicz 77 ff., 83 ff. — Kukulka 484 ff. — Wandycz, Piotr S.: French Diplomats in Poland 1919—1926. JCEA 23 (1963/64) 440—450.

³⁵ Wandycz: France 273 f. — Skrzypek 59. — Pobóg-Malinowski, Władysław: Najnowsza historia polityczna Polski 1864—1945 [Neueste politische Geschichte Polens 1864—1945]. Bd. 2, 1. Teil. London 1956, S. 427 f.

³⁶ Vgl. die sowjetischen Pressemeldungen bei Ruge, Wolfgang: Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923. Berlin (Ost) 1962, S. 57 f. (Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe 1. Allgemeine und deutsche Geschichte 12). Da in der Arbeit die sowjetischen Aktenveröffentlichungen noch nicht benutzt sind und polnische oder tschechische Arbeiten vom Verf. nicht herangezogen wurden, ist das Buch für den vorliegenden Zusammenhang bedeutungslos. — Vgl. Dokumenty wnejszej polityki SSSR, Bd. VI. Dok. 102, 112, 120, 125. — Ferner: Riekhoff, Harald von: German-Polish Relations, 1918—1933. Baltimore-London 1971, S. 73 f. — Gąsiorowski, Zygmunt J.: Stresemann and Poland Before Locarno. JCEA 28 (1958) 28.

Ostgrenze gefordert wurde³⁷. Auf eine zunächst vage Antwort Poincarés brachte Sikorski in Briefen an Marshall Foch und Poincaré noch einmal deutlich zum Ausdruck, daß er zwischen all den internationalen Fragen einen Zusammenhang sehe und Polens Bündniswert an die Erfüllung dieses Wunsches durch Frankreich gebunden sei³⁸. Daraufhin erhielt Sikorski Ende Februar eine Antwort, in der sich Frankreich zu dem von Polen geforderten Schritt bereit erklärte³⁹. Am 14. März 1923 erkannte die Botschafterkonferenz formell die polnische Ostgrenze an, die damit auch durch das französische Bündnis gedeckt und international durch die Bestimmungen des Völkerbundes geschützt wurde⁴⁰.

Nun war es an Polen, einige Zeichen guten Willens vernehmen zu lassen. Einen Tag nach Anerkennung der Grenzen durch die Botschafterkonferenz feierte der polnische Sejm das Ereignis; Außenminister Graf Skrzyński reiste nach Paris, um dort öffentlich die polnische Dankbarkeit zu bezeugen und den französischen Standpunkt in der Ruhrfrage zu unterstützen⁴¹. Aber der politische Wert dieser Reise wird sich nicht in der Deklamation der französisch-polnischen Freundschaft erschöpft haben, wie Hoesch als Beobachter gemeint hatte; verschiedene Treffen mit Politikern und Militärs, darunter auch mit Marshall Foch, boten zweifellos die Gelegenheit zu politischen Unterredungen. Dabei erklärte Skrzyński auch, daß Polen nunmehr in die Kleine Entente strebe⁴². Es entsprach zwar dem französischen Wunsch, das Bündnis von Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien von seiner antiungarischen Orientierung zu einer antideutschen zu bewegen, aber die öffentliche Bekundung des polnischen Wunsches nach Beitritt begründete noch nicht die Hoffnung auf seine Verwirklichung — dem stand das schlechte Verhältnis zwischen Prag und Warschau im Wege.

*

Das tschechoslowakisch-französische Verhältnis nach dem Ersten Weltkrieg läßt sich nicht mit derselben Schlüssigkeit beschreiben wie das polnisch-französische.

³⁷ PA, Rauscher an AA (Tel.), Warschau 15. II. 23, IV a Po 2754 IV Pol 3, 3 P-Fr.: „Nach besonderer Information hat Polen an Frankreich Note wegen Anerkennung Ostgrenze gerichtet unter Hinweis auf seine französischerseits geforderte Zurückhaltung in [Memel-]Frage, um Ruhraktion nicht durch verschärfte Reibungen im Osten zu komplizieren. Glaube bei Weiterbestehen status quo Verantwortung nicht übernehmen zu können.“

³⁸ Wandycz: France 273.

³⁹ Sikorski, General Władysław: Polska i Francja w przeszłości i dobie współczesnej [Polen und Frankreich in der Vergangenheit und Gegenwart]. Lemberg 1931, S. 115 ff.; Text der Note der Botschafterkonferenz vom 15. III. 23 S. 117; vgl. Kumaniecki 227. — Ciałowicz 89.

⁴⁰ Zu den sowjetischen Protesten gegen die Einschaltung des Völkerbundes vgl. Dokumenty wnešnej politiki SSSR, Bd. VI, Dok. 112, 124, 128, 138.

⁴¹ PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 16. III. 23, IV a Po 4475 (L 186 401 f.), IV Po 3, 3 P-Fr.; über den Kabinettsauftrag vgl. Kumaniecki 227 ff.

⁴² PA, Rauscher an AA (Or.), Warschau 28. III. 23, IV a Po 4998, IV Po 3 P-Ts. Ein Treffen mit Mussolini, das auf Wunsch Skrzyńskis in Mailand zustande kam, war wenig ergiebig und für die italienische Seite enttäuschend; I Documenti diplomatici italiani, 7. Serie, Bd. 1, Rom 1953, Dok. 664 und 667.

Beneš als Außenminister hatte aus seiner Studienzeit enge Beziehungen zu Frankreich bewahrt und im Weltkrieg von Paris aus für seine politischen Ziele gearbeitet. Bei Kriegsende war er neben dem unbestrittenen Führer der Tschechen und ersten Präsidenten Masaryk der zweite Mann geworden, der während der Friedenskonferenz den nationaldemokratischen Gegenspieler und ersten Ministerpräsidenten Kramář in den Schatten stellte⁴³. Beneš hatte durch geschicktes Taktieren alle vertretbaren Forderungen die zukünftige territoriale Gestalt der Tschechoslowakei betreffend durchgesetzt, und er verstand es weiter, seinen Staat als außenpolitisch saturiert und innenpolitisch nach demokratischen Gesichtspunkten geordnet vorzustellen. Der Völkerbund wurde bald der bevorzugte Platz, auf dem er wegen seines diplomatischen Geschicks rasch das Ansehen seines Staates förderte. Die Politik des *status quo*, die Beneš immer wieder als Grundpfeiler seiner Politik herausstellte, bedeutete die enge Anlehnung an die Alliierten England und Frankreich; diese Anlehnung gab dem jungen Staat Ungarn als dem Hauptgegner gegenüber die notwendige Bewegungsfreiheit und schützte ihn vor einer Bedrohung durch Deutschland — sei es in Form einer Beeinflussung der deutschen Minderheit im Lande, sei es in Gestalt eines Anschlusses von Österreich an Deutschland. Die Zurücksetzung der Tschechoslowakei bei internationalen Verhandlungen (wie in Genua 1922) und der Rapallo-Vertrag zwischen Deutschland und Rußland bedeuteten für die Tschechoslowakei keine Gefährdung, da Prag stets um ein zurückhaltend freundliches Verhältnis zu Moskau bemüht war.

Dieses kompliziert ausbalancierte Verhältnis zu Paris und London einerseits und zu Berlin andererseits war mit der Ruhraktion Frankreichs ins Wanken geraten. Beneš wußte, daß der englisch-französische Konflikt sein Land notwendigerweise an Frankreich heranrücken mußte, weil England nicht zu derselben Sicherung der Grenzen in Ostmitteleuropa bereit war. In dieser Situation gewann die Tatsache zusätzliche Bedeutung, daß die tschechoslowakische Armee gemäß dem Abkommen vom 20. Januar 1919 durch französische Offiziere organisiert und geleitet wurde, nachdem das anfänglich italienische Kommando unter Luigi Piccione von Masaryk abgelöst worden war⁴⁴. Die französischen Generäle Maurice Pellé und Eugène Mittelhauser (1926 von Jan Syrový abgelöst) waren Oberkommandierende der tschechoslowakischen Armee und in weit stärkerem Maße zu eigenen Entscheidungen befähigt als die französische Militärmission in Warschau⁴⁵. Die Zusammenarbeit der französischen Offiziere mit den tschechoslowakischen Politikern war meist gut und reibungslos; da Prag von Paris als sicherer Verbündeter angesehen wurde, ergab sich bis zum ersten Interessenkonflikt 1923 keine Notwendigkeit, die Zusammenarbeit durch weitere vertragliche Bindungen zu sichern, zumal die Tschechen — anders als die Polen — nicht auf einen solchen Vertrag drängten.

Beneš hatte es stets verstanden, sein Land als eine Insel der Stabilität inmitten

⁴³ Generell hierzu: P e r m a n, D[agmar]: The Shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia, 1914—1920. Leiden 1962.

⁴⁴ W a n d y c z: France 71.

⁴⁵ E b e n d a 296.

der deutschen, polnischen, österreichischen und ungarischen Unruhen herauszustellen, und er bewahrte dafür ein hohes Maß von außenpolitischer Bewegungsfreiheit. In kritischen Situationen, wie bei den Konflikten mit Ungarn und Polen, erhielt er die französische Unterstützung, ohne dadurch zu einer unbedingten Gefolgschaft Paris gegenüber verpflichtet zu werden. Diese Unabhängigkeit hatte er auch bei der französischen Ruhraktion bewiesen, als er dem französischen Wunsch nach einer Kohleblockade Deutschlands nicht nachkam und trotz aller öffentlicher Sympathiebekundungen für Paris seine Ablehnung der Aktion deutlich machte⁴⁶.

*

Auf eine relativ gute Zusammenarbeit der tschechischen und polnischen Auslandspolitiker im Weltkrieg war nach Kriegsende rasch eine Periode tiefer Entfremdung zwischen den beiden neuen Staaten eingetreten. Schuld daran war der Streit um die Grenzgebiete Teschen und an der slowakisch-polnischen Grenze⁴⁷. In das ehemals zur Krone Böhmens gehörende Herzogtum Teschen waren im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert viele Polen als Arbeitskräfte eingewandert, so daß am Ende des Krieges die Tschechen dieses kohlereiche Gebiet aus historischen und wirtschaftlichen, die Polen dagegen aus ethnischen Gründen für sich beanspruchten. Eine lokale Aktion der Teilung des Gebietes nach dem Verlauf der Sprachgrenze wurde von Warschau im Dezember 1918 übernommen, von Prag dagegen bestritten und schließlich durch die Eroberung des ganzen Gebietes durch die tschechoslowakische Armee am 23. Januar 1919 unwirksam gemacht. Der kurze Waffengang zweier Alliierten erregte unliebsames Aufsehen und schuf eine große Verstimmung in beiden Ländern, die dadurch noch vertieft wurde, daß die Tschechen 1920 Materialtransporte nach Polen unterbanden und Polen im russisch-polnischen Krieg in große Schwierigkeiten brachten.

Die von den Alliierten auf der Konferenz von Spa (11. Juli 1920) vorgelegten Teilungspläne, denen zufolge Polen etwa ein Drittel des umstrittenen Gebietes erhielt, fielen unglücklicherweise in eine Zeit schwerer Bedrängnis für Polen, das sich nach dem Angriff auf die Ukraine mit einer erfolgreichen russischen Gegenoffensive konfrontiert sah. So blieb die Regelung der Teschenfrage für die polnische Öffentlichkeit immer mit dem Stigma des Verrats seines Nachbarn belastet, der Polens Schwäche brutal ausgenutzt hatte. Diese Stimmung fand 1938 Ausdruck in der Besetzung des Gebietes, und angesichts des Symbolwertes dieser Stadt

⁴⁶ Olivová, Věra: Československá diplomacie v době rurské krise roku 1923 [Die Tschechoslowakische Diplomatie in der Zeit der Ruhrkrise des Jahres 1923]. ČSČH 6 (1958) 59—70.

⁴⁷ Allgemein zum tschechoslowakisch-polnischen Verhältnis dieser Jahre neben Wandycz: France, vgl. Valenta, Jaroslav: Československo a Polsko v letech 1918—1945 [Die Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1918—1945]. In: Češi a Poláci v minulosti. Bd. 2: Období kapitalismu a imperialismu [Tschechen und Polen in der Vergangenheit. Teil 2: Die Zeit des Kapitalismus und des Imperialismus]. Prag 1967, S. 431—668. — Szklarska-Lohmannowa, Alina: Polsko-czechosłowackie stosunki dyplomatyczne w latach 1918—1925 [Die polnisch-tschechoslowakischen diplomatischen Beziehungen 1918—1925]. Breslau-Warschau-Krakau 1967.

nimmt es kaum Wunder, daß Reste der alten Gegnerschaft 1968 wieder auflebten, als polnische Truppen ausgerechnet über Cieszyn in die ČSSR vorrückten.

Nach der vorsichtigen tschechoslowakischen Unterstützung des polnischen Anspruchs auf Oberschlesien — wobei Prag der englischen Linie einer Teilung des Gebietes folgte — kam es zu einer Annäherung beider Staaten, die im Beneš-Skirmunt-Abkommen vom 6. November 1921 gipfelte⁴⁸. Dieses Abkommen bedeutete faktisch eine gegenseitige Anerkennung des territorialen Bestandes (Art. I), ohne daß damit eine formelle Anerkennung der polnischen Ostgrenze erfolgte; beide Staaten verpflichteten sich zu wohlwollender Neutralität (und dem freien Transit von Kriegsmaterial) für den Fall, daß der Vertragspartner mit einem anderen Nachbarn in einen Krieg verwickelt werde (Art. II); beide verpflichteten sich zum Verbot von Emigrantenorganisationen, die sich gegen den territorialen Bestand des Partnerstaates richteten (Art. III); sie nahmen die anderweitigen vertraglichen Bindungen des Partners zur Kenntnis (Art. IV), versprachen ein Wirtschaftsabkommen (Art. V), ein Arbitrageverfahren bei Streitigkeiten (Art. VI) und wollten für die Zukunft eine enge Zusammenarbeit bei weiteren Verträgen mit anderen Staaten wahren.

Um dem polnischen Sejm die Ratifizierung des Abkommens zu erleichtern und die Antipathie gegen die Tschechoslowakei in der polnischen Öffentlichkeit zu mildern, wurde in einem Annex zu dem Abkommen festgestellt, daß beide Staaten sich beschleunigt um eine Beilegung von Grenzstreitigkeiten in der Tatra bemühen sollten; dazu gehörte auch die Regelung der Javorina-Frage⁴⁹.

Bei Delimitierungsarbeiten an der polnisch-tschechoslowakischen Grenze von 1920 hatte die interalliierte Kommission am 23. April 1921 empfohlen, einen kleinen Gebietsaustausch vorzunehmen, damit die irrationale Grenzziehung bei der kleinen Berggemeinde Javorina zugunsten einer für die Bevölkerung besseren Lösung geändert werde. Von polnischer Seite wurde diese Frage bald hochgespielt, weil man mit dem Nachgeben der Tschechen sicher rechnete und durch den kleinen Erfolg die Niederlage in Teschen vor der polnischen Öffentlichkeit ausgleichen wollte. Die interalliierte Kommission unterbrach ihre Arbeit, um Polen und Tschechen die Möglichkeit einer direkten Regelung zu bieten.

Unglücklicherweise verquickte sich diese Frage mit außenpolitischen und innenpolitischen Problemen in beiden Ländern, so daß daraus schließlich ein Prestigekampf wurde⁵⁰. In der Tschechoslowakei verweigerten die Nationaldemokraten jedes Entgegenkommen und setzten Beneš so unter Druck, daß er trotz des Drängens des tschechophilen polnischen Gesandten in Prag Piltz die Verpflichtungen aus dem Abkommen mit Skirmunt nicht erfüllen konnte⁵¹. Skirmunt sah sich derweilen in seinem Lande einer immer stärkeren Opposition gegenüber, die dadurch noch Zulauf erhielt, daß Polen bei der Konferenz von Genua nicht genügend Berücksichtigung fand. Die Haltung Frankreichs, Polen und Tschechen bei

⁴⁸ Text bei Wandycz: France, Appendix IV, S. 395 ff. — Vgl. Szklarska-Lohmannowa 82 ff.

⁴⁹ Wandycz: France 265.

⁵⁰ Szklarska-Lohmannowa 89 ff.

⁵¹ Wandycz: France 266.

den Verhandlungen ins zweite Glied zu verweisen, die Ablehnung des Friedens von Riga und der Abschluß des Rapallo-Vertrages zwischen Deutschland und Rußland machten das Scheitern der Außenpolitik des Kabinetts Ponikowski-Skirmunt offenkundig. Am 7. Juni 1922 trat das Kabinett zurück; die polnische innenpolitische Schwäche gab nun den Tschechen einen Vorwand, von der Zusage einer freundschaftlichen Regelung der Grenzstreitigkeiten abzurücken. Zusehends verschlechterten sich in den folgenden Monaten die Beziehungen beider Nachbarstaaten, und in der nationalistischen Propaganda wurde die kleine, 450 Einwohner zählende Tatragemeinde Javorina zu einem Zankapfel erster Ordnung.

Der Bericht des französischen Vorsitzenden der Delimitierungskommission, die nach dem Scheitern einer direkten Regelung der beiden Staaten ihre Arbeit wieder aufgenommen hatte, schlug am 12. September 1922 der Botschafterkonferenz einen Gebietsaustausch vor, der Javorina an Polen gebracht hätte. Dagegen protestierte Beneš, der nach seinem Sturz als Ministerpräsident im Oktober als Außenminister keine Niederlage riskieren wollte⁵². Das Jahresende 1922 sah die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen auf einem Tiefpunkt; die polnische Regierung rief ihren Gesandten Piltz aus Prag ab⁵³; den Tschechen kamen die innenpolitischen Unruhen in Polen entgegen, weil die Weigerung Piłsudskis, die Präsidentschaft zu übernehmen, die Ermordung von Narutowicz nach 12tägiger Amtszeit als Präsident und Straßenkrawalle das Ansehen Polens im Ausland schwer belasteten⁵⁴. So sah Beneš keine Notwendigkeit, dem polnischen Wunsch nachzugeben, und er nutzte seinen Einfluß in Paris für eine französische Unterstützung der tschechoslowakischen Haltung aus.

Der neue polnische Außenminister Alexander Skrzyński stand seit seiner Tätigkeit als österreichisch-ungarischer Diplomat den Tschechen distanziert gegenüber, und er betrachtete auch nach Kriegsende die neuentstandene Tschechoslowakei nicht als einen „möglichen Verbündeten sondern eher als einen unangenehmen Nachbarn, der Polens Schwierigkeiten vergrößern“ konnte⁵⁵. Entgegen den Warnungen besorgter Stimmen im Sejm beharrte Skrzyński auf einer Durchsetzung der polnischen Ansprüche in Javorina und erwartete einen Gegenbesuch Beneš in Warschau (nach dem Besuch von Skirmunt in Prag 1921) als Zeichen des tschechoslowakischen Einlenkens. Dazu war Beneš jedoch nicht bereit, weil er meinte, daß Polen nach dem Erfolg in der Frage der Grenzankennung im Osten die Niederlage im Streit um Javorina leicht verschmerzen könne⁵⁶. Verschärft wurde der Konflikt durch die nationalistische Publizistik beider Länder. So verurteilte die nationaldemokratische Presse der Tschechoslowakei die Anerkennung der polnischen Ostgrenze durch die Botschafterkonferenz⁵⁷, und auch

⁵² E b e n d a 269.

⁵³ S z k l a r s k a - L o h m a n n o w a 102.

⁵⁴ Zur polnischen Innenpolitik: P o l o n s k y, Antony: *Politics in Independent Poland 1921—1939. The Crisis of Constitutional Government*. Oxford 1972.

⁵⁵ S z k l a r s k a - L o h m a n n o w a 102.

⁵⁶ E b e n d a 105.

⁵⁷ PA, Koch an AA (Or.), Prag 19. III. 23, Ts 1000 (L 122 828), Po 3 Ru-Ts.

die übrige Presse zeigte sich wenig erfreut⁵⁸, weil durch die Anerkennung des polnischen Besitzstandes in Galizien der tschechoslowakische Wunsch nach einer Landverbindung mit Rußland vollkommen illusorisch geworden war. Nur starker französischer Druck auf die Verbündeten ließ im März/April 1923 die Außenminister beider Staaten einige freundliche Erklärungen über das Verhältnis beider Staaten zueinander abgeben⁵⁹; hinter dieser Fassade rechnete jedoch Pilsudski mit tschechischen Angriffsplänen gegen Polen⁶⁰ und Beneš leugnete Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Staaten⁶¹. Nach der Resignation des polnischen Gesandten in Prag war auch der ausgleichswillige Gesandte Maxa in Warschau nicht mehr von einem baldigen Übereinkommen beider Staaten überzeugt⁶².

Vor Beginn der Reise von Marschall Foch strebte der Streit um Javorina mit der nationalistischen Kampagne beider Länder seinem Höhepunkt zu. Polen hatte den vernünftigen Vorschlag der Delimitierungskommission auf seiner Seite und betrachtete das tschechische Nachgeben als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit beider Staaten. Ein freiwilliges polnisches Nachgeben mußte nach der nationalistischen Propaganda einer Niederlage gleichkommen. Auch in der Tschechoslowakei bewegte sich die Kampagne einem Höhepunkt zu, und es war unter diesen Umständen für Beneš unmöglich, den versprochenen Gebietsaustausch vorzunehmen. Frankreich wußte keinen Ausweg aus dem Dilemma und wollte vor einer Entscheidung durch internationale Gremien, die einen der beiden Verbündeten ins Unrecht setzen mußte, den Versuch einer Schlichtung unternehmen. Die Chance für eine solche Aktion, selbst durch einen Mann von höchstem Prestige, war aber gering⁶³.

*

Wenn die objektiven Bedingungen gegen die Möglichkeit einer gegen Deutschland gerichteten Koalition von Polen und Tschechen sprachen, welche Gefahr konnte dann aus der Ankündigung einer Reise von Marschall Foch nach Warschau und Prag für die deutsche Politik erwachsen? Foch galt in Deutschland mit Recht als der Hauptverfechter der expansiven französischen Rheinlandpolitik⁶⁴; denn er glaubte, den Sieg über Deutschland mit der Abtretung der linksrheinischen Gebiete an Frankreich oder zumindest mit der Gründung eines rheinischen

⁵⁸ PA, Koch an AA (Dd.), Prag 26. III. 23, Ts 1166, Po 3, 1 P-Ts.

⁵⁹ W a n d y c z : France 277. — PA, Rauscher an AA (Or.), Warschau 28. III. 23, IV a Po 4998, IV Po 3 P-Ts.

⁶⁰ PA, Aufz. Mutius (Dd.), Berlin 26. III. 23, zu U 427, Po 3, 1 Ts-U.

⁶¹ S. Bericht Rauscher, Anm. 59.

⁶² PA, Rauscher an AA (Tel.), Warschau 30. III. 23, IV a Po 4999 (L 165 508), IV Po 3 P-Ts.

⁶³ PA, Koch an AA (Or.), Prag 26. IV. 23, Ts 1541 (L 140 554 ff.), Po 3 Fr-Ts.

⁶⁴ Foch erklärte im Januar 1923: „Ich selber habe diese unerläßliche Besetzung vorgeschlagen, aber ich wollte sie auf eine andere Art ausgeführt wissen, als es tatsächlich geschehen ist“; er trat damals für eine abschnittsweise Besetzung des Ruhrgebietes ein, die Frankreich eine flexiblere Politik ermöglicht hätte: R e c o u l y, Raymond: Marshall Foch. Erinnerungen von der Marneschlacht bis zur Ruhr. Niedergeschrieben unter persönlicher Redaktion des Marshalls. Dresden 1929, S. 211.

Separatstaates sichern zu müssen. Da man zu dieser Zeit noch nicht absehen konnte, ob die französische Besetzung des Ruhrgebietes nur das Nahziel einer Sicherung der Reparationsleistungen verfolgte oder als erste Stufe einer weiter ausgreifenden imperialistischen Politik gegen Deutschland konzipiert war — der Höhepunkt der rheinischen separatistischen Bewegung stand ja noch bevor, und im April war der Mißerfolg des Herbstes 1923 noch keineswegs abzusehen —, war nicht anzunehmen, daß der angekündigte Besuch von Foch in den Hauptstädten von Polen und der Tschechoslowakei nur der Ehrung des ehemaligen alliierten Oberkommandierenden dienen sollte. Fochs Besuch war in den vorausgegangenen Jahren wiederholt angekündigt worden⁶⁵; in der aufgeregten Atmosphäre im Zusammenhang mit der belgisch-französischen Militäraktion mußte diesem Besuch eine besondere Bedeutung zukommen.

Von Foch war bekannt, daß seine eigentlichen Pläne mit der Ruhrbesetzung nicht erreicht worden waren⁶⁶, und er berichtete selbst⁶⁷, daß in französischen Regierungskreisen der Gedanke erwogen wurde, durch einen Marsch auf Berlin den deutschen Widerstand an der Ruhr zu brechen. Nach eigenen Angaben wandte Foch dagegen ein: „Es genügt nicht, nach Berlin zu gehen, was bei dem gegenwärtigen Zustand der deutschen Streitkräfte verhältnismäßig leicht und ohne besondere Hindernisse zu bewerkstelligen wäre. Aber man muß auch für eine Etappenlinie sorgen, um unsere Verproviantierung und unsere Verbindungen zu sichern“⁶⁸. Weitere strategische Überlegungen äußerte er hier nicht und verwies nicht auf die Möglichkeit einer Beteiligung tschechoslowakischer und polnischer Truppen, die durch eine gemeinsame Aktion Deutschland auf der Mainlinie und in Schlesien hätten teilen können und dann den Nachschub aus Böhmen nach Berlin gesichert hätten⁶⁹. Solche Gedanken hätten der französischen Rechtfertigung der Ruhraktion als aus dem Versailler Vertrag begründet widersprochen; erst für den Fall eines aktiven deutschen Widerstandes, der als deutscher Beginn von Kriegshandlungen hätte ausgelegt werden können, wäre eine öffentliche Erörterung solcher Fragen möglich gewesen.

Die zeitgenössische Presse ging im Zusammenhang der Reise nicht ausdrücklich auf solche Probleme ein, ließ die Möglichkeit weiterer Maßnahmen jedoch verschiedentlich durchscheinen, wobei zwischen der französischen und polnischen Berichterstattung unterschiedliche Akzente zu bemerken sind. So stellten die polnischen Verlautbarungen die persönlichen Verdienste des Marschalls in den Vordergrund und leiteten dann zu einer generellen Apotheose des französisch-polnischen Verhältnisses über, das in der Huldigung an Foch, der Verkörperung der französisch-polnischen Zusammenarbeit, gipfelte⁷⁰. Neben dieser Huldigung war in

⁶⁵ Er war bereits 1921 durch Piłsudski und 1922 durch Sikorski eingeladen worden; vgl. Ciałowicz 89.

⁶⁶ Stresemann, Gustav: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard. Bd. 1. Berlin 1932, S. 308.

⁶⁷ Recouly 119.

⁶⁸ Ebenda 120.

⁶⁹ Vgl. vom Verf.: Die Tschechoslowakei 304 f.

⁷⁰ Vgl. die Widmung im Buch von Sikorski. — Kurjer Poznański Nr. 94 vom 25. IV. 23 (in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.).

den Artikeln der französischen Presse mehr die Rede von einem politischen und militärischen Sinn der Reise, der hinter all den Ehrungen⁷¹ nicht vergessen werden sollte⁷². Foch selbst hatte Philippe Millet vom Petit Parisien in einem Interview erklärt⁷³, daß er die Frage ansprechen werde, was Polen, „unser natürlicher Verbündeter“, in jenem Falle tun werde, wenn Deutschland oder Rußland sich rührten⁷⁴. Es sei an der Zeit, meinte Millet, diesen Gedanken aufnehmend, „der militärischen und politischen Zusammenarbeit von Frankreich und Polen ein solides Fundament zu geben, das, den gegenseitigen Kräften entsprechend, Schutz vor Abenteuern“ bieten solle. Eben dies nahmen auch einige der polnischen Zeitungen als selbstverständlich an⁷⁵, gingen aber verständlicherweise nicht so weit wie Saint Brice in Le Journal⁷⁶, der die Notwendigkeit einer polnisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit betonte und von der „Disziplin“ und „Organisation“ sprach, die Foch ihnen in der Form einer „union étroite avec la France“ empfehlen solle.

Foch werden die Schwierigkeiten eines solchen Versuchs nicht unbekannt gewesen sein, weil er aus persönlichen Gesprächen in Paris den polnischen und tschechoslowakischen Standpunkt zu dieser Frage kannte. Die Reise konnte aber dennoch zwei wichtige Ziele verfolgen: bei den Alliierten im Osten Verständnis für das französische Vorgehen an der Ruhr zu wecken und für den Fall eines militärischen Abenteuers von seiten Deutschlands eine gemeinsame Haltung zu vereinbaren und zum anderen den deutschen Politikern deutlich zu machen, daß Frankreich außer den eigenen Möglichkeiten im Westen noch im Rücken Deutschlands Reserven zur Verfügung standen, die für den Fall eines offenen Bruchs der Friedensvertragsverpflichtungen durch die deutsche Regierung gegen Deutschland ins Feld geführt werden konnten. Polnische und tschechoslowakische Politiker hatten ja erklärt, daß ihnen für den Fall eines aktiven deutschen Widerstandes an der Ruhr die Wahrung der Neutralität nicht möglich sein würde, und hatten Deutschland vor einer solchen Aktion gewarnt⁷⁷.

Dieser Zweck der Reise von Marschall Foch war dem deutschen Gesandten Rauscher von einem Vertrauensmann aus dem diplomatischen Korps bestätigt worden⁷⁸. Rauscher schien jedoch nicht an eine gefährliche Entwicklung zu glauben, denn er maß dem Besuch von Foch in Warschau so wenig Bedeutung bei, daß er aus Gründen des nationalen Prestiges während des Aufenthaltes

⁷¹ Ausdruck für diese Seite der Reise Fochs: Vaucher, Robert: Avec le Maréchal Foch en Pologne. In: Revue des Deux Mondes. Paris 1923 (93. Jg., 7. Periode, Bd. 15), 856—887. — Sikorski 169 f.

⁷² Le Temps vom 3. V. 23 (in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.).

⁷³ Le Petit Parisien vom 28. IV. 23 (In: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.). — PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 28. IV. 23, IV a Po 6404, IV Po 3, 3 P-Fr.

⁷⁴ Le Petit Parisien vom 28. IV. 23 (s. Anm. 73).

⁷⁵ PA, Stein an AA (Tel.), IV a Po 6544 (L 186 424), IV Po 3, 3 P-Fr.

⁷⁶ Le Journal vom 29. IV. 23: Le voyage du maréchal Foch en Bohême et en Pologne. In: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.

⁷⁷ Vgl. vom Verf.: Die Tschechoslowakei 333.

⁷⁸ PA, Rauscher an AA (Or. Xerokopie, streng geheim), Warschau 18. IV. 23, IV a Po 5915 (K 030 268 f.), Geheimakten Polen Po 3, 1 P-Fr.

von Foch in Polen seinen Beobachtungsposten verlassen wollte⁷⁹ und zu diesem Schritt aus Berlin die Zustimmung erhielt.

Ähnlich beruhigend klangen auch die Berichte aus Prag⁸⁰. Koch leugnete, daß die Reise von Marschall Foch einen politischen Zweck verfolge, und selbst bei einer solchen Absicht auf seiten Fochs sah er kaum Chancen für eine Besserung des polnisch-tschechoslowakischen Verhältnisses. Die Unterbrechung der Rückreise Fochs aus Polen in Prag sei erst auf Wunsch einiger frankophiler Tschechen, die sich durch die ursprünglichen Pläne Fochs zurückgesetzt gefühlt hätten, eingeplant worden. Schon das Programm für die Reiseunterbrechung in der Tschechoslowakei ließe mit seiner Besichtigung von Truppen und Schlachtfeldern kaum Zeit für intensive Gespräche. „Trotz allem bleibt der Besuch Fochs in Prag für Deutschland unerwünscht“, schloß Koch seinen Bericht, „denn eine Wirkung wird er sicher haben: er wird alle die Masseninstinkte, die in der tschechischen Bevölkerung gegen das Deutschtum unter der Oberfläche ruhen, wieder hoch [bringen]. Und mit dieser Wirkung wird Frankreich überaus zufrieden sein.“ Angesichts der wachsenden Sympathie für den deutschen Widerstand an der Ruhr mochte dies bereits als Erfolg gelten, es bleibt jedoch zu bezweifeln, ob Koch damit die politischen Absichten des Marschalls richtig charakterisiert hatte.

*

Am 29. April trat Marschall Foch in Paris seine Reise an, die ihn zunächst nach Wien führte, wo er am 1. Mai morgens eintraf⁸¹. Er wurde begleitet von dem General Heirgault, dem Vertreter des französischen Generalstabschefs, Oberst de Mierry, Hauptmann Lhopital, General Hallier, dem französischen Militärattaché in Wien und Oberst Beck, dem damaligen polnischen Militärattaché in Paris⁸². Unter großen Sicherheitsmaßnahmen verbrachte Foch einen Tag in Wien mit Besichtigungen, die durch ein langes Gespräch mit dem polnischen Gesandten, Graf Lasocki, unterbrochen wurden, ehe er am Abend mit dem Zug nach Polen weiterfuhr⁸³.

Mit dem Passieren der polnischen Grenze bei Petrowice nahm die Reise den Charakter eines Triumphzuges an. In Zbrzydowice⁸⁴ überreichte der polnische Heeresminister General Sosnkowski Foch den Marschallstab der Republik Polen; Foch erfuhr damit diese Ehrung nach der durch England und Frankreich zum drittenmal. Unter allem denkbaren militärischen und zivilen Glanz gelangte Foch dann über Kattowitz nach Tschenstochau (Częstochowa), wo er

⁷⁹ PA, Privatbrief Rauscher (Auszug, Ab.), Warschau 18. IV. 23, IV a Po 6015, IV Po 2 P-Dtl.

⁸⁰ PA, Koch an AA (Or.), Prag 26. IV. 23, Ts 1541 (L 140 554 ff.), Po 3 Fr-Ts.

⁸¹ PA, Pfeiffer an AA (Or.), Wien 2. V. 23, Fr. 1532, Po 3, 1 P-Fr.

⁸² Ferner begleitete ihn Robert Vaucher, Oberstleutnant im Historischen Büro der französischen Armee und Spezialkorrespondent von *Le Petit Parisien*, Ciałowicz 90. — Zur Delegation vgl. Vaucher 857.

⁸³ S. Anm. 81.

⁸⁴ Ciałowicz 90. — Vaucher 858 nennt Dziedzice.

unter dem Bild der Schwarzen Madonna an einem Gottesdienst teilnahm⁸⁵. Am Abend dieses Tages traf Foch in Warschau ein, wo ihn der Ministerpräsident Władysław Sikorski und Marschall Józef Piłsudski — in seiner Eigenschaft als Chef des Generalstabes — begrüßten.

Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und äußerem Glanz erfolgte am 3. Mai die Enthüllung des von Thorwaldsen geschaffenen Denkmals von Graf Josef Poniatowski, Marschall von Frankreich, auf dem Sächsischen Platz; daran schlossen sich mehrere Stunden lang militärische Paraden und zivile Vorbeimärsche an⁸⁶. Den Tag beschloß ein Galadiner im Palais des Ministerpräsidenten und ein glanzvoller Empfang im Warschauer Schloß.

Die Reden, die bei all diesen Anlässen gehalten wurden, entsprachen dem feierlichen Anlaß: sie verherrlichten die polnisch-französischen Beziehungen seit der Zeit Napoleons, statteten den polnischen Dank für die Hilfe Frankreichs im Weltkrieg ab und enthielten kaum politische Akzente, die als deutschlandfeindlich hätten ausgelegt werden können⁸⁷. In den kurzen, allgemein gehaltenen Ansprachen von Foch⁸⁸ klang immer wieder an, daß er sich als eine Art Praeceptor Poloniae empfand und aus den Leistungen der Vergangenheit die Verpflichtung zu zukünftigen gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Erreichten ableitete. Nach einem weiteren Tag voller Ehrungen für den neuen Marschall von Polen, an dem er das Großkreuz des höchsten polnischen Ordens *Virtuti militari*, die Ehrendoktorwürde der Warschauer Universität und die Ehrenbürgerschaft der Stadt erhielt⁸⁹, war der 5. Mai Gesprächen mit dem polnischen Generalstab gewidmet.

Aus polnischen Archiven ist kein Dokument über den Verlauf dieser Gespräche bekannt geworden, und als Quelle können nur die Erinnerungen von zwei polnischen Offizieren, Tadeusz Piskor und Tadeusz Kutrzeba, die damals im Stabe Piłsudskis mitgearbeitet haben, sowie ein Resumé dienen, das einem Brief des Generals Stanisław Haller vom 1. Mai 1924 an den Heeresminister beigelegt war⁹⁰.

Den Berichten des Generals Piskor zufolge brachte Foch den fertigen Plan eines kombinierten französisch-polnischen Vorstoßes nach Berlin mit. Polen sollte danach mit allen verfügbaren Truppen über Posen nach Berlin vorrücken und dort mit den Franzosen zusammentreffen, ohne daß den polnischen Wünschen nach Schutz der Flanken gegen Ostpreußen oder Schlesien Rechnung getragen

⁸⁵ Vaucher 861. — Zum Katholizismus von Foch vgl. Beyerhaus, Gisbert: Die Europa-Politik des Marschalls Foch. Leipzig 1942, S. 16 ff.

⁸⁶ Einzelheiten bei Vaucher, passim.

⁸⁷ PA, v. Benndorf an AA (Tel.), Warschau 4. V. 23, IV a Po 6700 (L 186 431), IV Po 3, 3 P-Fr.

⁸⁸ Abdruck der Ansprachen von Foch bei Sikorski 172 ff.

⁸⁹ Vaucher 870 ff.

⁹⁰ Ciałowicz 90 ff. General T. Piskor, damals Oberst im Generalstab und Chef im Büro des Engeren Kriegsrates (*Biuro Szefowej Rady Wojennej*) und General T. Kutrzeba, damals Oberst im Generalstab; ihre Erinnerungen in: *Polskie Sily Zbrojne w drugiej wojnie światowej* [Die Polnischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg]. London 1962, Bd. 1. — Vgl. Roos 187.

wurde. Dies aber waren die Hauptanliegen Pilsudskis, der den Plan eines Vorstoßes nach Berlin erst erwägen wollte, wenn von Osten keine Gefahr drohe, die polnischen Flanken nach der Eroberung der genannten Gebiete gesichert und das polnische Fenster zur Welt an der Ostsee erweitert worden seien. Die unterschiedlichen Konzeptionen der polnischen und französischen Offiziere ließen sich kaum auf einen Nenner bringen. Foch drängte auf einen schnellen Schlag gegen Berlin, um den deutschen Widerstand an der Ruhr zu brechen und im weiteren Verlauf Frankreichs Sicherheitsinteresse im Westen Deutschlands durchzusetzen, Pilsudski mußte nach den Erfahrungen von 1921, den Zusammenstößen an den Grenzen mit dem Deutschen Reich und angesichts der keineswegs glänzenden Ausrüstung der polnischen Armee wesentlich zurückhaltender taktieren. Ferner war zu bedenken, was Polen durch die Unterstützung Frankreichs anders gewinnen würde als eine noch stärkere Feindschaft Deutschlands, dessen Chef der Obersten Heeresleitung, General Hans von Seeckt, nur auf den Zeitpunkt wartete, zusammen mit Rußland das polnische Problem im Sinne einer neuerlichen Aufteilung zu lösen⁹¹.

Selbst wenn man die politischen Erwägungen, die Polen eine große Vorsicht nahelegten, beiseite läßt, bleiben genügend Differenzen in den strategischen Überlegungen, um dem Plan von Marschall Foch in den Augen seiner polnischen Gastgeber eine geringe Anziehungskraft zu geben. Der junge polnische Generalstab stützte seine Planungen auf die Konzeptionen des ersten Chefs der französischen Militärmission in Warschau, General Henrys⁹², der bereits 1920 vor jedem direkten Angriff Polens auf Berlin gewarnt hatte und diesen Angriff nur nach einer stufenweisen Beseitigung der deutschen Bedrohung in Ostpreußen und Oberschlesien in Betracht gezogen hatte⁹³. Bei den engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Henrys und Pilsudski und den Spannungen mit anderen französischen Militärs in Warschau konnte Foch kaum Hoffnung haben, die Gastgeber für seine Vorstellungen zu gewinnen⁹⁴. Seinen aus alten Plänen der Rheinlandgewinnung — unter den aktuellen Bedingungen der Ruhrkrise — erwachsenen Überlegungen wurden auf polnischer Seite längerfristige Planungen, unter Berücksichtigung der geostrategischen Lage Polens, entgegengestellt.

Die Differenzen bezogen sich — nach den Berichten der beteiligten polnischen Offiziere — angeblich auch auf grundsätzliche Überlegungen über die Struktur der Armee und die Art der modernen Kriegführung. Foch mochte seine aus den

⁹¹ Vgl. den Brief Generals v. Seeckt vom 11. IX. 22, in: Jacobsen, Hans Adolf / Bredow, Wilfried: Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse. Düsseldorf 1970, S. 30 ff. — Pilsudski soll von der geheimen deutsch-russischen militärischen Zusammenarbeit gewußt haben, Roos 188.

⁹² Wandycz: France 146. — Ders.: Henrys i Niessel: Dwaj pierwsze szefowie francuskiej misji wojskowej w Polsce 1919—1921 [Henrys und Niessel: Die beiden ersten Chefs der französischen Militärmission in Polen, 1919—1921]. Bellona 44 (1962) 3—19.

⁹³ Ciałowicz 93 f. — Studium operacyjne na wypadek agresji niemieckiej [Operationsstudie für den Fall einer deutschen Aggression], vom 25. VI. 1920.

⁹⁴ Zu den Streitigkeiten zwischen Pilsudski und den französischen Militärs vgl. die angeführten Arbeiten von Wandycz.

Erfahrungen des Ersten Weltkrieges gewonnene Vorstellung des Stellungskrieges als vorbildlich betrachten, während Piłsudski, der nie eine besondere militärische Ausbildung genossen hatte⁹⁵, die gegen Rußland erfolgreiche Konzeption des weiträumigen Bewegungskrieges auch für zukünftige Auseinandersetzungen für maßgebend erachtete. Mit Recht stellt aber Ciałowicz den Widerspruch heraus, daß ausgerechnet der Befürworter eines Stellungskrieges den Handstreich gegen Berlin plante, der diesen Vorstellungen direkt zuwiderlief⁹⁶. Man wird wohl guttun, die möglichen militärisch-strategischen Kontroversen den politischen Überlegungen hinten zu setzen.

Politisch gesehen lag es fern jeden polnischen Interesses, das prekäre innenpolitische Gleichgewicht und die ungewisse Ruhe an seinen Grenzen mit Deutschland den aggressiven Plänen von Marschall Foch zuliebe aufzugeben und sich in ein militärisches Abenteuer zu stürzen. In diese Überlegungen paßt auch, daß der deutsche Geschäftsträger in Warschau durch eine vermutlich gezielte Information von polnischer Seite⁹⁷ dahingehend beruhigt wurde, daß „bei den Besprechungen von Marschall Foch mit dem polnischen Generalstab, die ab 4. und 5. Mai ds. Js. hier stattgefunden haben, die schwebenden außenpolitischen Fragen nicht erörtert worden [seien]; insbesondere sei die Frage eines etwaigen militärischen Vorgehens Polens gegen Deutschland im Zusammenhang mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich nicht diskutiert worden“⁹⁸. Nach den benutzten polnischen Quellen und Darstellungen war dies zweifellos nur die halbe Wahrheit, weil Foch nicht nur über die Umstrukturierung der polnischen Armee und ihre Verstärkung verhandelt hatte, wie der Bericht glauben machen will; in der Tendenz traf dagegen zu, daß Deutschland wegen der Ergebnisse der militärischen Beratungen nicht ernsthaft besorgt sein mußte.

Aus der Tatsache, daß die Rolle der Tschechoslowakei in den Aufzeichnungen der polnischen Offiziere keine Erwähnung findet, darf wohl geschlossen werden, daß auf polnischer Seite der Gedanke einer engen militärischen Zusammenarbeit mit den Tschechen kaum anziehend wirkte. Der von deutschen militärischen und zivilen Kreisen befürchtete Vormarsch französischer, tschechoslowakischer und polnischer Truppen hatte für die Vertreter der östlichen Nachbarn Deutschlands nicht die Überzeugungskraft, die manche aus dem Blick auf die Landkarte ableiteten. Die geringe Bereitschaft von Polen und Tschechen zu einer stärkeren Zusammenarbeit untereinander und mit Frankreich sowie die unterschiedliche Einschätzung der Rolle Deutschlands waren im weiteren Verlauf des Jahres 1923

⁹⁵ Rothschild, Joseph: Piłsudski's Coup d'Etat. New York-London 1966, S. 25 f. — Foch soll vor und während seiner Reise geraten haben, Piłsudski durch einen Karriereoffizier abzulösen, Tommasini, Francesco: La Risurrezione della Polonia. Mailand 1925, S. 300.

⁹⁶ Ciałowicz 96.

⁹⁷ Die dringende Bitte des chargé d'affaires v. Benndorf um Geheimhaltung, die vom Gesandten Rauscher unterstrichen wurde, deutet auf einen hohen polnischen Beamten als Quelle hin: PA, Rauscher an AA (Tel.), Warschau 13. V. 23, IV a Po 7088, Geheimakten Polen Po 3, 1 P-Fr.

⁹⁸ PA, Benndorf an AA (Or. Xerokopie, streng vertraulich), Warschau 9. V. 23, IV a Po 6976 (K 030 274 f.), Geheimakten Polen Po 3, 1 P-Fr.

die Voraussetzung für den französischen Versuch, die Tschechoslowakei durch einen Freundschafts- und Beistandsvertrag stärker an Paris zu binden.

Wenn die Beratungen Fochs mit den polnischen Militärs auch nicht den von ihm gewünschten Erfolg gezeitigt hatten und auch durch die abschließenden Gespräche in Krakau am 13. Mai 1923 nicht mehr positiv beeinflusst wurden⁹⁹, so litt das äußerlich glanzvolle Bild seines Polenaufenthaltes nicht darunter. Nach einem Besuch in der Oper am Abend des 5. Mai folgten am Sonntag, den 6. Mai, weitere Empfänge und Paraden, die Graf Adam Zamoyski für Foch veranstaltete¹⁰⁰.

Der Aufenthalt in Posen, wo Foch am 7. Mai eintraf, war in besonderem Maße eine Demonstration polnisch-französischer Zusammenarbeit und der großen patriotischen Begeisterung der Polen¹⁰¹. Die Manöver, die Foch bei Biedrusko besichtigte, boten ihm den ersten Eindruck von der Kampfkraft der polnischen Armee, die zu beurteilen das laut betonte Motiv seiner Reise gewesen war¹⁰². Am 8. Mai reiste Foch über Thorn nach Warschau zurück¹⁰³, und verbrachte die Zeit vom 10. bis 13. Mai in Galizien, wo er insbesondere Lemberg und Krakau besuchte¹⁰⁴. In Krakau fanden nochmals Gespräche mit dem polnischen Generalstab statt, und nach einem weiteren Manöver in Bronowice beendete Foch seinen Aufenthalt in Polen und reiste nach Prag weiter.

In offiziellen Erklärungen bei Ende seines Polenaufenthaltes hatte Foch betont, daß man in den Gesprächen zu einem guten Abschluß gekommen sei. „Alle Situationen sind betrachtet worden, und wir sind zu vollständiger Übereinstimmung gelangt¹⁰⁵.“ Gegen Fehldeutungen seiner Reise führte Foch an, daß die französisch-polnische Konvention von 1921 die Grundlage der Gespräche gebildet habe, und deren Ziel sei — wie bekannt — die Aufrechterhaltung des Friedens und die strikte Ausführung der Friedensverträge gewesen. „Wir haben also nichts Neues unterzeichnet“, erklärte Foch Vaucher in einem Gespräch, „außer den Gesprächsprotokollen, in denen wir die gleiche Politik der Aufrechterhaltung der Verträge und der Bewahrung des Rechts eines jeden bestätigten¹⁰⁶.“ Diese Ausführungen wurden durch den polnischen Heeresminister Sosnkowski bestätigt, der hinzufügte: „Es gibt weder etwas Kriegerisches noch etwas Beunruhigendes. Wir müssen einfach aufpassen, um für die Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung der Verträge bereit zu sein¹⁰⁷.“

Die Form des Empfangs, der Foch in Prag bereitet wurde, unterschied sich grundsätzlich von der, die er in Polen überall erlebt hatte. Die Trauer um die tags zuvor verstorbene Frau des Staatspräsidenten Masaryk dämpfte die allge-

⁹⁹ Vaucher 882. — Tommasini 300.

¹⁰⁰ Vaucher 874.

¹⁰¹ PA, Stobbe an AA (Or.), Posen 9. V. 23, IV a Po 6978 (L 186 437 f.), IV Po 3, 3 P-Fr.

¹⁰² Ausführliche Schilderung bei Vaucher 875.

¹⁰³ S. Anm. 98 und 101.

¹⁰⁴ Vaucher 881 f.

¹⁰⁵ Ebenda 882, ebenso: Le Petit Parisien vom 14. V. 23, in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Vaucher 883. — Ebenso: PA, Rauscher an AA (Tel.), Warschau 17. V. 23, IV a Po 7329, IV Po 3, 3 P-Fr.

meine Stimmung, und sämtliche öffentliche Veranstaltungen zu Ehren von Foch wurden auf das Notwendigste beschränkt oder fielen ganz aus¹⁰⁸. Diese Situation mußte den Eindruck der geringen Begeisterungsfähigkeit der Tschechen vertiefen, den Vaucher mit „zerimoniellem Ernst des ersten Empfangs“ umschrieb¹⁰⁹. Dagegen lobte er das Organisationstalent der tschechischen Gastgeber, die ganze Schulen und Vereine zur Begrüßung des Gastes aufgeboten und geschickt auf dem Wege durch die Stadt postiert hatten. Aber die Zurückhaltung, die aus dem Bericht von Vaucher zu lesen ist, wird man nicht nur mit dem Tod der Frau des Staatspräsidenten erklären können. Foch besaß in der Tschechoslowakei nicht jenes Prestige wie in Polen, wo man in ihm das Symbol einer alten freundschaftlichen Verbindung, ja sogar geistigen Verwandtschaft erblickte. Die Beziehungen der meisten Tschechen zu Frankreich waren demgegenüber intellektuell vermittelt; man äußerte wohl Dankbarkeit für die französische Hilfe im Weltkrieg, aber emotionale Begeisterung schien durch rationale Überlegungen kontrolliert zu sein¹¹⁰. Die Lage der Tschechoslowakei zwang zu einem Standpunkt des Kompromisses: Die enge politische Anlehnung an Frankreich konnte die vielen wirtschaftlichen und traditionellen Beziehungen zu Deutschland nicht ersetzen, und dieses Deutschland befand sich zum Zeitpunkt des Besuchs von Marschall Foch durch die französische Ruhraktion in einem gefährlichen Krisenzustand. Eine Entladung der Spannungen in einer Explosion mußte der Tschechoslowakei aus außen- und innenpolitischen Gründen bedrohlich erscheinen; eine besondere Herzlichkeit konnte daher für den französischen Repräsentanten einer harten Linie Deutschland gegenüber nicht erwartet werden¹¹¹.

In einem Interview mit Vaucher¹¹² betonte der tschechoslowakische Außenminister Beneš selbstverständlich die engen Bindungen der Tschechen an Frankreich und an Marschall Foch, der im Weltkrieg immer den tschechischen Standpunkt unterstützt habe. Daran schloß Beneš aber eine Betrachtung, die bei der Vieldeutigkeit seiner in diplomatische Formulierungen gekleideten Aussagen noch einen politischen Nebensinn hatte. Beneš zitierte eine Mahnung Fochs: „Schließt Euere Reihen, einigt Euch. Wir haben den Krieg gemeinsam gewonnen, wir müssen gemeinsam daran arbeiten, Europa wieder aufzubauen und den Frieden wieder herzustellen“¹¹³. Wenn es auch überspitzt erscheint, hierin einen Tadel der

¹⁰⁸ Vaucher 883. Die Beisetzung erfolgte am 15. V. 23.

¹⁰⁹ E b e n d a.

¹¹⁰ Foch soll nach Auskunft seiner Frau über den „blassen Empfang in Prag“ geradezu entmutigt worden sein; vgl. PA, Aufz. Köpke (Ab.), Berlin 21. VI. 23, Ts 2138, Po 4, 4 Kl. E. — Ähnlich Koch an AA (Or.), Prag 16. V. 23, Ts 1750 (L 122 539 ff.), Po 3 P-Ts.

¹¹¹ Vgl. PA, Marek an österreichisches AA, Prag 17. V. 23 (Auszug und Ab. für Koch), Ts 2445 (L 140 589 ff.), Po 3 Fr-Ts. Eine Arabeske am Rande: „Zum Schluß eine bezeichnende Einzelheit: Die Verhandlungen zwischen Foch, dem Landesverteidigungsminister Udržal und dem Generalinspekteur Machar fanden in deutscher Sprache statt.“ PA, Koch an AA (Or.), Prag 24. V. 23, Ts 1859 (L 122 542 f.), Po 3 P-Ts.

¹¹² Vaucher 885; ebenso Le Petit Parisien vom 17. V. 23, in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.

¹¹³ Vaucher 885; ähnlich hatte sich Foch in Warschau vor der Kriegsakademie geäußert, Frankfurter Zeitung vom 6. V. 23, in: PA, IV Po 3, 3 P-Fr.

französischen Deutschlandpolitik zu erblicken, so lag darin zweifellos eine Anspielung auf die Politik Polens der Tschechoslowakei gegenüber, das sich — nach Beneš Meinung — weigerte, durch Annahme der tschechoslowakischen Vorstellungen zur Lösung der Javorina-Frage den Grundstein für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu legen.

In der ursprünglichen Veröffentlichung dieses Interviews in der Zeitung *Le Petit Parisien*¹¹⁴ hatte Vaucher im Anschluß an diese Äußerung direkt nach der polnisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit gefragt und die Antwort erhalten: „Die Entente zwischen uns und Polen . . . ist notwendig. Sie ist schicksalhaft (*elle est fatale*). Sie wird kommen. Alle, die sich ihr entgegenstellen, sind kurzsichtige Politiker. Es gibt einige kleine lächerliche Dinge (*Il'y a de petites histoires ridicules . . .*), um die sich z. Z. 45 Millionen Menschen streiten.“ Selbst mit Österreich, mit dem die Tschechoslowakei so lange im Streit gelegen habe, sei ein Ausgleich erfolgt, und Prag habe Wien eine Anleihe von 500 Millionen Kč gewährt; daher müsse es auch möglich sein, sich mit Polen über das Schicksal von 450 Menschen zu einigen. „Man muß die Prestige-Politik aufgeben und die Streitigkeiten im Sinne einer realistischen Politik regeln.“ In der Bearbeitung seines Artikels aus der Tagespresse für die Zeitschrift *Les Deux Mondes* strich Vaucher diesen Abschnitt und fügte als seine eigene Überlegung an, welche positive Konsequenz sich aus „einer innigen Union der beiden slavischen Völker, der Freunde Frankreichs“ für den Frieden in Europa ergebe; „wenn sie sich nicht gegenseitig neutralisieren, können sie den Frieden in Osteuropa sichern und jene zum ernsthaften Nachdenken bringen, die in Deutschland Revanche-Pläne hegen“¹¹⁵.

Ein Besuch auf dem Schlachtfeld von Königgrätz gab Foch Gelegenheit, ein Wort der Anerkennung für die preußische Heerführung von 1866 zu sagen¹¹⁶. Man habe trotz der Unübersichtlichkeit des Geländes, schlechter Sicht und Unkenntnis der gegnerischen Linie sehr rasch handeln müssen. Beneš warf etwas vorlaut ein, daß in der Diplomatie ebenfalls der Grundsatz gelte, daß man immer der erste sein müsse, und wurde daraufhin von Foch zurechtgewiesen, daß man „in der Diplomatie . . . immer ein Papier durch ein anderes ersetzen“ könne. „Wenn aber ihre Armee am Boden liegt, ist sie wirklich am Boden. Sie werden sie nicht durch eine diplomatische Note wieder aufrichten“¹¹⁷.

Mit einem Besuch der slowakischen Hauptstadt Preßburg und einem Empfang im Rathaus endete der Aufenthalt Fochs in der Tschechoslowakei. Am 19. Mai traf er wieder in Paris ein.

*

Für die deutschen Diplomaten im Ausland, die die Reise sorgfältig beobachtet hatten, standen zwei Probleme im Mittelpunkt: ob und in welcher Weise eine

¹¹⁴ S. Anm. 112.

¹¹⁵ E b e n d a.

¹¹⁶ E b e n d a 886.

¹¹⁷ In einem anderen Zusammenhang hat Foch später Beneš als den einzigen Staatsmann gelobt, „der wisse, was er wolle und mit dem sich ein Gedankenaustausch lohne“. PA, Koch an St. S. (Or.), Prag 15. VI. 23, Ts 2209 (L 134 120 f.), Po 6 A, 1 Ts.

Unterstützung Frankreichs durch Polen und die Tschechoslowakei zu erwarten war und zum anderen ob Foch Möglichkeiten für eine enge Zusammenarbeit von Polen und Tschechen eröffnet hatte.

Übereinstimmend wurde zunächst festgestellt, daß der militärische Zweck der Reise im Vordergrund stand¹¹⁸: Besichtigung der Armeen in Polen und der Tschechoslowakei und Kontakte mit den Generalstäben beider Länder. Ferner wies Benndorf aus Warschau nachdrücklich darauf hin, „daß von [den] politischen Fragen der französische Wunsch nach endlichem Zustandekommen des polnisch-tschechischen Bündnisses sehr stark betont worden ist“¹¹⁹. Aus diesem Grunde seien auch zwei hohe polnische Beamte, der Chef des tschechoslowakischen Referats im polnischen Außenministerium, Łados, und der Vizedirektor der politischen Abteilung, Woroniecki, nach Paris geschickt worden, um dort für Polen in der Javorina-Frage tätig zu werden.

Auch die französische Öffentlichkeit erwartete von Fochs Besuch in den Hauptstädten der beiden ostmitteleuropäischen Verbündeten eine Annäherung dieser Staaten untereinander, die in einer Militärkonvention gipfeln sollte¹²⁰. Bei einer realistischen Einschätzung der Lage sah man jedoch ein, daß die Zeit dafür noch nicht gekommen war¹²¹.

Es ist nicht nur für den Eifer und die Persönlichkeit der Berichterstatter bezeichnend, daß die politisch eindringlichsten Analysen der Situation aus Prag vorgelegt wurden. So hob der deutsche Gesandte Koch die politischen Ziele der Reise Fochs hervor, auch wenn er wenig Chancen für eine Verwirklichung der französischen Absichten erblicken zu können glaubte¹²². Aus seinem Einblick in die politischen Verhältnisse seines Gastlandes hielt er den Gegensatz von Polen und Tschechen für zu tiefgehend, als daß dieser auch nach einer etwaigen Regelung der Javorina-Frage aufgehoben werden könne; denn im Gegensatz zu Polen fühle sich die Tschechoslowakei weder von Rußland noch von Deutschland bedroht. Die tschechoslowakische Armee sei nur für einen defensiven Einsatz verwendbar, ein Argument, das von den Tschechen wiederholt selbst vorgebracht worden sei. Daraus aber folgte für das tschechoslowakische Vorgehen eine große Zurückhaltung gegenüber den französischen Vermittlungsversuchen in Richtung auf Polen oder gegenüber dem französischen Werben um eine stärkere Unterstützung in der Ruhrfrage. Als Beispiel führt Koch an: „Präsident Masaryk selbst hat vor wenigen Tagen einem Ausfrager des Neuen Wiener Tagblattes gegenüber erklärt, daß die Beziehungen zu Deutschland gegenwärtig nicht nur korrekt, sondern geradezu freundschaftlich seien. Am Vorabend des Empfangs Foch's sind solche Äußerungen sicher nicht ohne Berechnung getan.“ Vor dem Hintergrund des deutschen Widerstandes an der Ruhr bedeutete eine solche Aussage, daß der

¹¹⁸ PA, v. Benndorf an AA (Or.), Warschau 9. V. 23, IV a Po 6977, IV Po 3, 3 P-Fr. — Hoesch an AA (Or.), Paris 19. V. 23, IV a Po 7489 (L 186 452 f.), IV Po 3, 3 P-Fr.

¹¹⁹ S. Brief von Benndorf, Anm. 118.

¹²⁰ PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 15. V. 23, IV a Po 7270 (L 186 439 f.), IV Po 3, 3 P-Fr.

¹²¹ PA, Hoesch an AA (Or.), Paris 22. V. 23, Ts 1809 (L 122 273 f.), Po 3 Eng-Ts.

¹²² PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. V. 23, Ts 1750 (L 122 539 ff.), Po 3 P-Ts.

höchste Repräsentant der Tschechoslowakei in dieser Frage Deutschland gegenüber mehr als nur Neutralität zeigte.

Es bleibt offen, ob strenge Geheimhaltung oder Unergiebigkeit der politischen Gespräche Koch daran gehindert haben, näheres über eventuelle Abmachungen in Erfahrung zu bringen. Die Lücke in seiner Berichterstattung füllt ein Brief des österreichischen Gesandten Marek an seine Regierung, in der von einer Militärkonvention die Rede ist, die Foch der Tschechoslowakei vorgeschlagen habe¹²³. Ihr zufolge sollte die Tschechoslowakei für den Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich den Franzosen aktive Hilfe leisten; auch im Falle innerer Unruhen in Deutschland wurde eine solche Hilfe als denkbar herausgestellt. Marek fügt aber hinzu, daß man dadurch noch lange nicht jene enge Bindung erreicht habe, die durch die Konvention von 1921 zwischen Polen und Frankreich bestand. Deshalb lag nach Meinung Mareks der eigentliche Sinn der Reise Fochs in dem Versuch, Polen zu einer Besetzung Oberschlesiens zu veranlassen und dadurch Frankreich an der Ruhr zu entlasten¹²⁴. Eine Hilfe der Tschechoslowakei sei dabei nicht vorgesehen, und daher sei dem Besuch in Prag nur der Charakter eines Höflichkeitsbesuchs zuzumessen. Allerdings habe sich Beneš in der Frage einer Militärkonvention sehr zurückgehalten und betont, daß eine solche Entwicklung sehr zum Schaden der Tschechoslowakei ausgehen könne. Eine solche Hilfe mußte die Tschechoslowakei nach Meinung des österreichischen Gesandten in Prag besonders aus innenpolitischen Gründen verweigern: Beneš wolle die Möglichkeit einer Aufnahme von deutschen Parteien in die Regierung, die sich bei einer Verschärfung der Opposition von Nationaldemokraten und katholischer Volkspartei als nötig erweisen könne, nicht ausschließen; die wirtschaftlichen Bindungen an Deutschland erzwingen von vornherein eine größere Rücksicht auf die innenpolitische Stabilität im Reich. Beneš benutze daher den ungarischen Revisionswunsch als Mittel, um von anderen Verpflichtungen freigestellt zu werden — eine Politik, die zu einem Konflikt zwischen tschechoslowakischen und französischen Offizieren geführt haben solle. Die Zurückhaltung Benešs in seiner Politik Deutschland gegenüber folgte für Marek aus dessen Grundüberzeugung, „die Politik seines Staates vom rein intellektuellen Standpunkt aus“ zu betrachten. Hierin sehe er sich vom Präsidenten unterstützt: „Gerade in der Frage des Verhältnisses zu Deutschland soll Präsident Masaryk den Standpunkt einer unauffälligen und allmählichen Loslösung der Gebundenheit an Frankreich vertreten. Wie mir vertraulich mitgeteilt wurde, hat der Präsident der Republik politischen Freunden gegenüber wiederholt die Ansicht geäußert, daß die tschechoslowakische Regierung dem beständigen Druck Frankreichs gegenüber besser Widerstand leisten könne, wenn auch deutsche Minister in der Regierung säßen. Derselben Ansicht scheine auch Benesch zu sein, doch hält er angeblich gegenwärtig den Zeitpunkt für noch nicht gekommen, sich von Frankreich allmählich zu emanzipieren.“ Aus diesem Grunde und weil die Regierung, die von der öffentlichen

¹²³ Brief Mareks s. Anm. 111, mit Schreiben vom 28. VI. 23 von Koch nach Berlin geschickt.

¹²⁴ Ähnlich: PA, Koch an St. S. (Or.), Prag 15. VI. 23, Ts 2209 (L 134 120 ff.), Po 6 A, 1 Ts.

Meinung und den Rechtsparteien auf einen harten Kurs gezwungen werde, Polen in der Javorina-Frage nicht entgegenkommen könne, war Marek skeptisch gegenüber allen Spekulationen über die politischen Erfolge Fochs in Prag.

Die Beurteilung der tschechoslowakischen Politik und der Auswirkung der Reise von Marshall Foch, die Staatssekretär v. Maltzan Ende Juni den diplomatischen Vertretungen des Reiches zukommen ließ, entspricht sinngemäß den oben angeführten Gesandtschaftsberichten¹²⁵. Sie betont die Bedeutung der Haltung, die die Tschechoslowakei Deutschland gegenüber bewahrt hat und würdigt das Vorgehen Benešs, der durch konsequente Beachtung der Formel „Die Tschechoslowakei ist der Verbündete Frankreichs und der Nachbar Deutschlands“¹²⁶ einer wahrscheinlichen französischen Bestrebung auf eine engere Bindung beider Staaten widerstanden habe. Freilich äußert sich auch Maltzan nur vage über die Berichte von festen Abmachungen: „Die bereits vor geraumer Zeit durch die Presse gegangene Mitteilung über eine förmliche Militärkonvention zwischen beiden Staaten ist nirgends ausdrücklich bestätigt, aber auch nicht dementiert worden.“ Wenn auch eine französische Orientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik unbestritten sei, so segele die Tschechoslowakei doch keineswegs vollkommen in französischem Fahrwasser. Dies sei besonders in einigen für Deutschland günstigen Äußerungen Masaryks deutlich geworden, die beweisen, daß „man ... in Prag trotz allem nicht gewillt [sei], sich das Gesetz des Handelns von Paris vorschreiben zu lassen und ... sich auch Frankreich gegenüber freie Hand zu wahren“ suche. Hierbei spiele der Streit mit Polen um Javorina eine große Rolle und lege den Schluß nahe, daß eine Entente mit Polen noch geraume Zeit auf sich warten lassen werde. Frankreich sei über den „Erfolg“ der Reise des Marshalls Foch enttäuscht. „Damit steht auch die Haltung, welche die Tschechoslowakei bisher in dem Ruhrkonflikt beachtet hat, durchaus im Einklang. Es muß anerkannt werden, daß die Prager Regierung, trotz verschiedener Sympathie-Bekundungen für das Vorgehen Frankreichs, sich tatsächlich bisher in dem deutsch-französischen Konflikt neutral verhalten hat.“ Dies erkläre sich zweifellos aus den wirtschaftlichen Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland und aus der Tatsache einer großen deutschen Minderheit im Lande, die eine gegen Deutschland gerichtete Politik der tschechoslowakischen Regierung wenig ratsam erscheinen ließen.

Aus der Tatsache, daß Rauscher seinen Platz während der Reise Fochs mit Erlaubnis des Auswärtigen Amtes verließ und auch später keinen gründlichen Bericht über dieses Ereignis der Zentrale zukommen ließ, darf ebenso wie aus den herangezogenen deutschen Akten geschlossen werden, daß man dem Besuch von Marshall Foch in Warschau und Prag keine besondere Bedeutung zumaß und davon sogar eher eine gewisse Dämpfung der französischen Politik erwartete, da sich die Verbündeten im Osten Deutschlands den französischen Wünschen ge-

¹²⁵ PA, Aufz. v. Maltzan (Konz. Runderlaß), Berlin 30. VI. 23 (L 140 559 ff.), Po 3 Fr-Ts.

¹²⁶ So die amtliche Stellungnahme der tschechoslowakischen Regierung zur Ruhrbesetzung, PA, Koch an AA, Prag 22. I. 23, Ts 271 (L 119 988), Po 2, 3 Ts.

genüber spröde gezeigt hatten¹²⁷. Etwas anders wird das Bild, wenn man die Folgen für die besuchten Länder betrachtet.

*

Solange aus französischen und tschechoslowakischen Archiven keine Einzelheiten bekannt werden, ist man bei der Bewertung des Erfolgs der Reise von Marshall Foch in manchen Punkten auf Vermutungen angewiesen. Aus einer Reihe von Bemerkungen und den weiteren Ereignissen lassen sich jedoch einige sichere Schlüsse ziehen. Zunächst kann festgestellt werden, daß sich die Haltung der tschechoslowakischen wie der polnischen Regierung zum Ruhrkonflikt nicht änderte: beide Staaten wahrten ihre Neutralität, obwohl sie nach außen den französischen Standpunkt vertraten, und beide drängten — je mehr sie durch den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft selbst in Mitleidenschaft gezogen wurden¹²⁸ — auf ein schnelles Ende der Ruhraktion, auch wenn ihr Einfluß auf den Lauf der Dinge sehr gering war.

In dem Versuch, Polen und die Tschechoslowakei miteinander zu versöhnen, war Foch gescheitert. Der Streit um Javorina und die Vertrauenskrise zwischen Prag und Warschau spitzten sich in den folgenden Wochen durch eine Pressepolemik noch weiter zu¹²⁹. Die polnischen Ansätze zu einem Ausgleich mit Prag wurden im Herbst des Jahres von Beneš ignoriert, bis nach der Entscheidung des Haager Gerichtshofes der Völkerbund den tschechoslowakischen Erfolg in der Javorina-Frage besiegelte¹³⁰.

Diese Mißerfolge kamen in den offiziellen Verlautbarungen natürlich nicht zur Sprache. Foch selbst faßte seine Eindrücke in einem Gespräch mit Jules Sauerwein von *Le Matin* zusammen¹³¹. Darin bezeichnete er Polen als ein starkes Land, das für einige Jahre keinen Angriff von Deutschland oder Rußland zu befürchten habe. Seine Sympathie den Polen gegenüber führte ihn auch zu einem milden Urteil über die Innenpolitik und die Wirtschaft des Landes. Aufschlußreicher sind vor diesem Hintergrund seine Äußerungen zu den Tschechen: „Das ist eine andere Rasse. Vielleicht weniger brillante Qualitäten als in Polen, aber gründliche technische Kenntnisse. Alles was die Tschechen machen, machen sie bis ins Detail mit großer Perfektion.“ Das Land sei gut regiert und zeige sich stabil wie „eine reiche Nation mit mehrhundertjähriger Erfahrung“. Die tschechischen Sorgen wegen der ungarischen Revanche-Drohung hielt er für die nächsten Jahre

¹²⁷ Die Gerüchte über einen französischen Marsch auf Berlin lebten zwar weiter, erwähnten aber keine Beteiligung Polens oder der Tschechoslowakei. — *d'Abernon*, Viscount Edgar Vincent: *An Ambassador of Peace. Pages from the Diary of Viscount d'Abernon*. Berlin 1920—1926, Bd. 2: *The Years of Crisis*. June 1922 — December 1923. London 1929, S. 232 (Tgb.-Aufz. Berlin 13. VIII. 23) und S. 266 (Tgb.-Aufz. Berlin 25. X. 23).

¹²⁸ Vgl. für Polen *Polonsky* 116 ff.

¹²⁹ *Szklarska-Lohmannowa* 108 ff. — *Wandycz*: *France* 282 ff.

¹³⁰ *Wandycz*: *France* 310. — *Szklarska-Lohmannowa* 110 ff.; der Grenzverlauf wurde im Krakauer Protokoll vom 6. Mai 1924 endgültig festgelegt, ebenda 119.

¹³¹ *Le Matin* vom 20. V. 23: „Le maréchal Foch est rentré hier à Paris“, in: *PA*, II Po 3 Fr-Ts.

für berechtigt, sprach dann aber sehr vorsichtig von weitergehenden französischen Plänen einer Militärallianz mit der Tschechoslowakei: „Wir haben die bestehenden Abmachungen schon vom technischen Standpunkt geprüft und Vorkehrungen getroffen, sie bis ins Detail zu verbessern.“ Diese Bemerkung von Foch deutet an, daß, langfristig gesehen, und gemessen an dem jeweiligen Stand des Verhältnisses Frankreichs zu seinen Verbündeten, der kurze und weniger glanzvolle Besuch Fochs in der Tschechoslowakei eine größere Bedeutung gewann als sein Triumphzug durch Polen¹³².

Foch hatte dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten eine Einladung nach Paris überbracht, und als Masaryk im Juni eine längere Reise in den Süden nach Algier antrat, vermutete das Auswärtige Amt in Berlin eine Fortsetzung der tschechoslowakisch-französischen Kontakte¹³³. Aber dazu kam es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Es liegt nahe, daß Prag vor einer weiteren Bindung an Frankreich auf die Notwendigkeit einer französisch-englischen Wiederannäherung gedrängt hat¹³⁴, weil nach der Konzeption von Beneš Außenpolitik die Sicherheit seines Staates an das gute Einvernehmen der beiden Alliierten des Weltkrieges gebunden war. Die englische Verstimmung über die einseitige Aktion Poincarés brachte für die tschechoslowakische Regierung keineswegs den Zwang einer unbedingten Anlehnung an Paris mit sich, sondern förderte eher die Einsicht, Deutschland vor einer Katastrophe zu bewahren und zumindest nichts zu ihrer Beschleunigung zu tun. Um dem französischen Druck auszuweichen, konnte Prag immer auf die ungarische Gefahr hinweisen, und überdies konnte es von Frankreich für sein Nachgeben eine Unterstützung in der Frage der Grenzstreitigkeiten mit Polen erwarten. Erst als der französische Sieg an der Ruhr feststand und zugleich sicher war, daß Deutschland nicht auseinandergebrochen würde, fügte sich Beneš dem französischen Drängen. Auf einer gemeinsamen Reise von Masaryk und Beneš nach Paris wurden die Grundfragen eines französisch-tschechoslowakischen Allianzvertrages festgelegt, der aber erst am 25. Januar 1924 nach weiteren Klärungen zur Unterzeichnung gelangte¹³⁵. Der große Zeitraum, der seit der Ankündigung des Vertrages durch Marschall Foch im Mai 1923 bis zum Abschluß der Verhandlungen im Januar 1924 verstrich, zeigt, daß sich die Tschechoslowakei dem französischen Wunsch in den spannungsgeladenen Monaten des Jahres 1923 entziehen konnte und erst nach einer Beruhigung der gefährlichen internationalen Lage zu einem Abschluß bereit war, der aber bei weitem nicht das Ausmaß der politischen und militärischen Verbindung zwischen Frankreich und Polen erreichte¹³⁶.

¹³² Foch hatte Beneš in Prag zum ersten Mal den Plan eines französisch-tschechoslowakischen Defensivabkommens vorgetragen; Laroche, Jules: *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré 1913—1926*. Paris 1957, S. 185. — Ciałowicz 97.

¹³³ PA, Müller an AA (Tel.), Bern 6. VI. 23, Ts 1970 (K 131 545), Po 3, 2 It-Ts. — Tel. Konz. Mutius, Berlin 7. VI. 23, zu Ts 1970 (K 131 546 f.), Po 3, 2 It-Ts. — Koch an AA (Or.), Prag 15. VI. 23 (L 134 120 f.), Po 6 A, 1 Ts; Hoesch an AA (Tel.), Paris 15. VI. 23, Ts 2068, Po 3 Fr-Ts.

¹³⁴ PA, Koch an AA (Tel.), Prag 15. V. 23, Ts 1690 (L 140 558), Po 3 Fr-Ts.

¹³⁵ Text bei Wandycz: *France, Appendix VI*, S. 398 f.

¹³⁶ Břach, Radko: *Francouzský alianční systém a Československo na počátku roku*

Die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen blieben — sehr zum Leidwesen von Marshall Foch und der französischen Regierung allgemein — weiterhin unbefriedigend. Von einem tschechoslowakisch-polnischen Bündnis oder gar von einem Beitritt Polens zur Kleinen Entente und deren Umgestaltung in ein gegen Rußland und Deutschland gerichtetes Paktsystem konnte keine Rede sein¹³⁷. Die Interessen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens verboten eine solche Erweiterung, weil sie diesen Staaten nur die außenpolitische Hypothek Polens Rußland und Deutschland gegenüber aufgebürdet hätte; als Gegenleistung hätten sie keine Stärkung gegen Ungarn erwarten können und überdies noch mit dem polnischen Anspruch auf Führung des Bündnisses rechnen müssen¹³⁸. Rumänien war als weiteres Mitglied der Kleinen Entente nur ein schwacher Fürsprecher Polens, aber auch nur insoweit, wie sein Sicherheitsinteresse der Sowjetunion gegenüber ins Spiel kam; an einer Zielrichtung gegen Deutschland konnte ihm dagegen nichts gelegen sein.

Die Auswirkungen der Reise Fochs nach Warschau wurden schon dadurch geschmälert, daß das Kabinett Sikorski wenige Tage nach seiner Abreise (am 23. Mai 1923) gestürzt wurde und einem Rechtskabinett unter Witos Platz machte¹³⁹, woraufhin sich Piłsudski auf sein Landgut Sulejówek bei Warschau zurückzog, wo er die nächsten Jahre bis zu seinem Putsch im Mai 1926 grollend und Pläne schmiedend zubrachte. Der zeitliche Zusammenhang und die Tatsache, daß die von den Rechtsparteien — Nationaldemokraten und der Bauernpartei Piast — getragene Regierung ein besseres Verhältnis zu Frankreich besaß als ihre Vorgängerin¹⁴⁰, sollte ohne Quellenbelege nicht in einen kausalen Zusammenhang mit der Reise Fochs gebracht werden¹⁴¹. Die innenpolitischen Verhältnisse in Polen waren zu kompliziert, als daß eine von außen gesteuerte Palastrevolution gegen Piłsudski und seine Anhänger Erfolg versprochen hätte. Immerhin kam das Programm der neuen Regierung¹⁴² mit der Gegnerschaft gegen Deutschland und dem Wunsch nach einem Ausgleich mit der Tschechoslowakei den französischen Wünschen eher entgegen als die Vorstellungen Piłsudskis, der das Kabinett Sikorski unterstützt hatte. Die nun in Polen einsetzende Umorganisation der Führungsspitze der Armee schaltete Piłsudski und seine Anhänger bald aus und brachte mit den Generälen Stanisław Haller als Generalstabschef und Stanisław Szeptycki als Heeresminister (der nach drei Wochen General Osinski abgelöst hatte) zwei in der österreichischen Armee avancierte Soldaten an die Spitze¹⁴³.

1924 [Das französische Allianzsystem und die Tschechoslowakei zu Beginn des Jahres 1924]. *Historie a Vojenství* (1968) 1—12. — Ders.: *Československá zahraniční politika v politických proměnách Evropy 1924* [Die tschechoslowakische Außenpolitik in den Wandlungen Europas 1924]. *ČSCH* 18 (1970) 49—83.

¹³⁷ Vgl. PA, v. Neuhaus an AA (Or.), Riga 24. V. 23, IV a Po 7786 (L 186 465 f.), IV Po 3, 3 P-Fr. — Privatbrief v. Neuhaus an StS., Riga 26. V. 23, Po 4, 4 Kl. E.

¹³⁸ PA, Roediger an AA (Dd., vertraulich), Brüssel 26. V. 23, Be 1223 (L 165 527 ff.), IV Po 3 P-Ts.

¹³⁹ Polonsky 113 ff.

¹⁴⁰ Wandycz: France 282.

¹⁴¹ Tommasini 299 f. vermutet das.

¹⁴² Zum Landkrona-Pakt vom 17. V. 1923, vgl. Polonsky 114.

¹⁴³ Ebenda 116. — Ciałowicz 97.

Als im Herbst 1923 mit der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland¹⁴⁴ die Wiedereinsetzung der Hohenzollern möglich erschien, drängte Foch erneut auf eine enge Absprache des französischen und polnischen Generalstabes¹⁴⁵. Der im Mai 1923 von Foch vorgelegte Plan eines gemeinsamen Vorgehens gegen Deutschland wurde nun — nach einigen für Polen wesentlichen Änderungen — angenommen und bildete die Basis, von der ausgehend im Frühjahr 1924 die militärischen Absprachen zwischen Polen und Frankreich fixiert wurden¹⁴⁶. In diesen Verhandlungen erreichten die polnischen Militärs bei weitem nicht jene Absicherung gegen Rußland und Deutschland, die sie von Frankreich erhofft hatten¹⁴⁷; die Verpflichtung zum Eingreifen in Deutschland wurde modifiziert und dem polnischen Wunsch nach Sicherung der Flanken Rechnung getragen. Gegen Rußland blieb Polen allein, und auch die Hilfsversprechen der französischen Flotte in der Ostsee waren wenig überzeugend. Für die seit Jahren versprochene Militärhilfe von 400 Millionen frs. forderte Frankreich weitgehende Handelsvorteile und wirtschaftliche Sicherheiten, ehe es Polen das Geld zur Verfügung stellte¹⁴⁸. Dazu drängte Foch erneut auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Polen und Tschechen¹⁴⁹, die aber nie zustande kam¹⁵⁰. Die polnisch-französische militärische Zusammenarbeit, die Foch auf seiner Reise durch Polen so sehr herausgestellt hatte, war in Wirklichkeit längst nicht so intensiv und herzlich, wie die Propaganda es glauben machen wollte.

Die negative deutsche Beurteilung der Reise von Foch war nicht nur durch die Furcht der deutschen Militärs vor einer antideutschen Koalition begründet, sondern entsprang der Angst vor Fochs Rheinlandpolitik und seiner grundsätzlichen Beurteilung der Situation in Ostmitteleuropa. Foch verstand die Schaffung der neuen Staaten im Osten Deutschlands als eine Leistung Frankreichs, auf die er stolz war. Der deutsche Überfall auf Belgien hatte ihm gezeigt, daß kleine Staaten mehr als nur Neutralitätsverträge zu ihrer Sicherheit brauchten. Da aber die Sicherheit Europas unteilbar war und von der Bedrohung der kleinen Staaten auch die Großen in Mitleidenschaft gezogen wurden, mußte sich Frankreich auch für die Sicherheit der neuen Staaten einsetzen. Die Diplomaten hatten den jungen Staaten Grenzen gezogen, die — wie z. B. die der Tschechoslowakei — Foch die Haare zu Berge steigen ließen¹⁵¹. Frankreich allein aber war der Garant der

¹⁴⁴ Stresemann I, 215 ff., besonders 223 f.

¹⁴⁵ Dokumenty i Materiały do Historii stosunków polsko-radzieckich [Dokumente und Materialien zur Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen]. Bd. 4: Kwiecień 1921 — maj 1926 [April 1921 — Mai 1926]. Warschau 1965, S. 310 (Aufz. Haller).

¹⁴⁶ Wandycz: France 306. — Ciałowicz 99 (Treffen vom 7. und 8. April 1924), 102 (Gespräche vom 8.—23. Mai 24).

¹⁴⁷ Vgl. die Anweisung von Sikorski (seit 17. II. 24 wieder Heeresminister) an General St. Haller, Ciałowicz 100.

¹⁴⁸ Ebenda 106 f.

¹⁴⁹ Ebenda 105. — Szklarska-Lohmannowa 117 f.

¹⁵⁰ Vgl. Kozeński, Jerzy: Czechosłowacja w Polskiej polityce zagranicznej w latach 1932—1938 [Die Tschechoslowakei in der polnischen Außenpolitik 1932—1938]. Posen 1964.

¹⁵¹ So fast wörtlich Recouly 226.

Sicherheit dieser Staaten einem Deutschland gegenüber, dessen biologisches Wachstum eine immer stärkere Gefahr bedeutete: „Wenn unsere Kraft, unsere Hilfe fehlen würden, wären diese Bauten dem Einsturz nahe. Das ist das Problem der Sicherheit, wie man es in seinem ganzen Umfang begreifen muß. Es beschränkt sich keineswegs auf die Rheingrenze. Es besteht in der Erhaltung Europas, wie es die auf unseren Sieg folgenden Verträge geschaffen haben¹⁵².“

Für die französische Regierung war die Reise von Marschall Foch eine willkommene Aktion: die Berichte über den glanzvollen Empfang hoben im eigenen Lande das Bündnis mit den östlichen Nachbarn Deutschlands wieder ins Bewußtsein und drängten die Berichte über die Schwierigkeiten an der Ruhr und den Konflikt mit England in den Hintergrund. Hinter den feierlichen Ehrungen konnte ein Vertrauensmann des französischen Ministerpräsidenten¹⁵³ politische Gespräche führen, die nicht den Stempel der amtlichen Politik trugen und im Falle ihres Scheiterns jederzeit verleugnet werden konnten. Daß Paris zu diesem Umweg griff und nicht direkt über Regierungsvertreter und Diplomaten vorstellig wurde, weist einerseits auf den heiklen Charakter dieser Gespräche und zum anderen darauf hin, daß Paris sich seiner Verbündeten nicht vollständig sicher glaubte. In der Zeit einer starken Entfremdung mit London brauchte Frankreich aber eine Stütze im Rücken Deutschlands¹⁵⁴, und wenn diese auch nur in der Propaganda zu nutzen war. Die Haltung seiner Verbündeten wird für Frankreich eine Enttäuschung gewesen sein, so wie das Ergebnis der Reise von Foch selbst eher negativ bewertet wurde. Foch hat später — wenige Monate vor seinem Tod — von seiner Reise im Jahre 1923 jedoch nur noch einen positiven Eindruck bewahrt, der in der Beurteilung der Lebensfähigkeit und des Lebenswillens von Polen und der Tschechoslowakei bestand¹⁵⁵. Aus dieser Distanz gesehen verloren die damaligen Enttäuschungen an Bedeutung, und er nahm die Hoffnung mit ins Grab, daß seine Arbeit erfolgreich gewesen war: „Auch hier ist der Bau auf dem Wege, sich zu befestigen. Geben Sie ihm nur einige Jahre Zeit. Dann wird er völlig befähigt sein, einer Erschütterung standzuhalten¹⁵⁶.“

Selbst wenn die unmittelbaren politischen und militärischen Ergebnisse der Reise Fochs gering waren, so liegt in dem Ereignis selbst eine politische Bedeutung. Besonders die panegyrische Berichterstattung Vauchers macht deutlich, daß

¹⁵² E b e n d a 227.

¹⁵³ Erst Fochs Kritik an der Form der Ruhrbesetzung und der späteren Politik brachte allmählich eine Entfremdung mit Poincaré mit sich; d'Abernon II, 267 (Tgb.-Aufz. vom 25. X. 23).

¹⁵⁴ T o m m a s i n i 298.

¹⁵⁵ R e c o u l y 263.

¹⁵⁶ E b e n d a 263. Über die Frage einer Beteiligung des deutschen Botschafters in Paris an den Beisetzungsfeierlichkeiten für Marschall Foch gibt es die letzte, abschließende Beurteilung durch die deutsche Seite: „Als Kriegsgegner würde er von uns respektiert und nicht kritisiert. Maßgebend sei aber Fochs Nachkriegspolitik bei Ruhrkampf und in der Entwaffnungsfrage.“ Hoesch nahm daraufhin an den offiziellen Trauerfeierlichkeiten nicht teil und beschränkte sich auf private Kondolenz gegenüber der Familie; PA, Hoesch an AA (Tel.), Paris 21. II. 29, Fr. 980, Po 11, 4 Fr; Aufz. Berlin 22. III. 29, zu Fr 970, Po 11, 4 Fr.

in den Beziehungen der Völker untereinander auch Emotionen eine Rolle spielen, selbst wenn sie sich in der praktischen Politik kaum niederschlagen oder nicht niederschlagen können. So erinnert der Triumphzug von Marschall Foch an den fast 50 Jahre späteren Besuch des Staatspräsidenten General de Gaulle im Jahre 1967. De Gaulle, der bereits unter General Weygand in Polen gewesen war und Pilsudski schätzte, hat die Parallelität seiner Mission sicher gesehen, aber ebenso sicher auch die Ohnmacht hinter der Demonstration nicht verkannt. Wenn Foch in Lemberg den polnischen Charakter der Stadt hervorhob¹⁵⁷, so sprach er die Gefühle der Polen — ohne die lokale Bevölkerung zu berücksichtigen¹⁵⁸ — ebenso an, wie dies de Gaulle während seiner Reise durch Polen wiederholt getan hat¹⁵⁹. Worten dieser Art ist ein Wert besonderer Art zuzusprechen — man denke an J. F. Kennedy in Berlin —; mit solchen Worten werden Gefühle belebt, die in der Politik nicht wie die wirtschaftlichen Beziehungen zu messen und zu quantifizieren sind, nichtsdestoweniger aber ebenso real — wenn auch unendlich machtloser sind. Foch — de Gaulle, mit diesen Namen lassen sich fast 50 Jahre polnisch-französischer Beziehungen bezeichnen, zugleich aber auch die mangelnde politische Wirksamkeit dieser Symbole aufzeigen¹⁶⁰. Trotz aller verbalen Bekundungen der gegenseitigen Freundschaft ist für die französisch-tschechoslowakischen Beziehungen in diesem Zeitraum ein solches Symbol nicht nachweisbar — auch dies ein Beispiel für die Verschiedenheit der politischen Gegebenheiten in zwei einander benachbarten und geistig oft so verschiedenen Staaten und Völkern.

¹⁵⁷ Vaucher 881.

¹⁵⁸ Am 18. III. 23 hatte es z. B. ukrainische Protestdemonstrationen gegen die Polen in Lemberg gegeben, Schulthess: Europäischer Geschichtskalender. 1923. München 1925, S. 369.

¹⁵⁹ Vgl. NZZ vom 11. IX. 1967 über den Besuch in Oberschlesien.

¹⁶⁰ In der Berichterstattung über die Reise de Gaulles nach Polen (6.—12. IX. 1967) wird auf die enge geistige Verbindung des polnischen und des französischen Volkes ständig verwiesen; das faßbare Ergebnis blieb dagegen äußerst mager: NZZ vom 14. IX. 1967.